ienstag, den 15. Juli 1930 | Einzelnummer 10 Pfennige | 41. Jahrgang – Nr. 162

Volkswacht

für Schlesien

it den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer"

ezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die chhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-heim-Str. 105, Matthiasstraße 155, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Träger-n = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Der „gerade Weg"

Brüning auf Abwegen

Die hinter der Regierung stehenden Fraktionen des Reichs-es haben am Montag dem Deckungskompromiß mit der gersteuer zugestimmt. Die Lücken, die durch die Abstimmungen Ausschuß in das Regierungsprogramm gerissen worden sind, ten durch Initiativanträge dieser Parteien ausgefüllt werden.

Heut steht nun die zweite Lesung der Deckungsgesetze auf Tagesordnung der Plenarsitzung. Der Reichskanzler will Debatte mit einer Rede einleiten, in der er noch einmal an Parlament appelliert und gleichzeitig auf die Folgen auf-ksam macht, die eine Ablehnung der Entwürfe nach sich ziehen rde. Er wird, wie erwartet werden kann, die Anwendung s Artikels 48 ausdrücklich für den Fall des Nichtzustande-mens einer parlamentarischen Mehrheit in Aussicht stellen.

Der Reichskanzler hat weder mit den Sozialdemokraten, h mit den Deutschnationalen Fühlung gesucht. Er ist nicht eine Prüfung der Frage eingetreten, ob und unter welchen dingungen eine sichere Mehrheit für die Sanierung der anzen zu haben sein würde. Er hat insbesondere die sehr ren und nicht mißzuverstehenden Aufforderungen der sozial-okratischen Presse unberücksichtigt gelassen. Er nennt das n geraden Weg" gehen.

Nun wird alles davon abhängen, ob die deutschnationale ktion sich im letzten Augenblick noch entschließt, zu den ppen der Regierung zu stoßen. Daß die Sozialdemokratie en Schritt tun und den unveränderten Vorlagen der gierung zustimmen werde, wagen heute auch die optimistischsten pheten im Lager der Regierungsparteien nicht mehr in Aus-zu stellen. Dafür aber konstruiert man jetzt eine andere glichkeit. Man kolportierte am Montag im Reichstag das ücht, die Sozialdemokratische Fraktion werde eine Anzahl r Mitglieder abkommandieren, oder es würde ein Teil frei-lig der Abstimmung fern bleiben, um dem Kabinett aus der legenheit zu helfen. Die Hugenbergpresse wußte sogar die aue Zahl dieser Retter anzugeben, nämlich vierzig. Alles tunken und erlogen. Schon unter dem 11. Juli hat Sozialdemokratische Fraktionsvorstand sämtliche Mitglieder gend aufgefordert, an jedem Tage anwesend zu sein. Diese hnung ist am Montag wiederholt worden. Es int dennoch, als ob sich gewisse Leute merkwürdigen Illusionen r die Absichten der Sozialdemokratie hingäben und als ob ehr sonderbare Vorstellungen von den Stimmungen im Lande ußen hätten. Sie werden sich täuschen.

Mit so großer Sorge die Sozialdemokratie um der Zukunft Staates willen die Anwendung des Artikels 48 auch kommen , — sie ist nicht gewillt, sich unter das caudinische Joch zu gen und, um einer verfassungswidrigen Diktatur zu entgehen, diktatorischen Befehlen eines jede Verhandlung ablehnenden binetts zu gehorchen. Nicht minder selbstverständlich ist, daß sofort nach der etwaigen Verkündigung der Verordnungen Antrag auf ihre Aufhebung einbringen wird. n wird sich herausstellen, ob den Deutschnationalen die position gegen das Kabinett Brüning wichtiger ist als die ugtuung über die Verletzung des parlamentarischen Systems ihre Angst vor den Neuwahlen.

Herr Brüning will, wie gesagt, den „geraden Weg" gehen. muß sich im klaren darüber sein, daß es der gerade Weg zum fassungsbruch und damit zur Unterminierung des demo-ischen Staatswesens ist.

as werden die Deutschnationalen tun?

Von maßgebender deutschnationaler Seite wird zu der bevor-enden Debatte über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung er anderem folgendes mitgeteilt:

„Die Regierung Brüning ist gegen die Deutschnationalen ldet werden. Einer ihrer Hauptzwecke war die Zerschlagung Deutschnationalen Partei. Das ist mißlungen. Jetzt sollen gerechnet die Deutschnationalen die Regierung Brüning aus r selbstverschuldeten Lage retten? . . . Keine der Aufgaben, dem Kabinett gestellt waren, wurde gelöst. Die ersten Agrar-nahmen sind mit Hilfe der Deutschnationalen durchgeführt. r sie bleiben Stückwerk, solange man den verfehlten Kurs der delspolitik nicht ändert. Das Ostprogramm ist in einem Maße wässert, daß von einer wirklichen Hilfe nicht mehr gesprochen den kann. Das Fiasko der Staatsfinanzen, noch mehr die Art, man sie sanieren will, ist die Krise des Kabinetts geworden.

Immerhin liegt die Entscheidung beim Zentrum. Eine nde, nachdem es sein Bündnis mit dem Marxismus in ußen gelöst hat, können sich die nichtsozialistischen Parteien mmenfetzen, um die Generalbereinigung schon jetzt zu be-ten. Von rechts her wird das Kabinett am Ende dieser Woche Mehrheit nicht haben. Die Mehrheit wird in der Stunde banden sein, in der die Lösung vom Marxismus in Preußen gen ist."

Von anderer Seite wird dazu mitgeteilt:

„Es ist wahrscheinlich, daß einige deutschnationale Abgeordnete entgegen dem offiziellen Fraktionsbeschluß mit den Regierungsparteien votieren werden. Aber jene große Fronde gegen die offizielle Fraktionsführung, die der Reichstag wie im Frühjahr bei dem Junktim zwischen Steuer- und Agrarvorlagen erlebt hat, wird sich kaum wiederholen. Selbst die günstigste Schätzung geht bis zu 20 deutschnationalen Stimmen, und die werden nicht ausreichen, wenn das Gros der Deutschnationalen mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten, mit den Nationalsozialisten und vielleicht auch mit der Christlichen Bauernpartei geschlossen die Regierungsvorlage ablehnt."

* * *

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht — wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt — sich dem am Montag von der Wirtschaftspartei eingebrachten Antrag anzuschließen und erst nach der Auflösung des Reichstags den § 48 anzuwenden. Die Reichsregierung ist vielmehr am Montag abend in einer Ministerbesprechung dahin übereingekommen, heute durch den Reichskanzler zunächst noch einmal an die Mitarbeit des Parlaments zu appellieren, aber gleichzeitig die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung für den Fall ankündigen zu lassen, daß sich im Verlauf der Debatte die Unmöglichkeit einer Verabschiedung der Vorlagen auf parlamentarischem Wege erweisen sollte.

Von einem Gutachten des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium, Joel, über die Anwendungsmöglichkeit des Artikel 48 der Reichsverfassung ist in maßgebenden Kreisen der Reichsregierung nicht bekannt.

Heut Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

Rechtsparteien verteilen die Plätze
Strasser soll Arbeits- und Wohlfahrtsminister werden

Dresden, 15. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Die Rechtsparteien haben das Fell des Bären bereits unter sich verteilt, ehe der von ihnen präsentierte Kandidat für die Ministerpräsidentschaft gewählt ist und ehe sie überhaupt wissen, ob die Wahl ihres Kandidaten jemals gelingen wird. Sie sind dahin übereingekommen, dem als Ministerpräsidenten in Aussicht genommenen Deutschnationalen Krug von Nidda für den Fall der Wahl zugleich das Wirtschaftsministerium anzuvertrauen. Die Verwaltung des Innenministeriums soll mit der des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums der Nationalsozialist Gregor Strasser übernehmen. Als Justizminister ist der Volksrechtpartei-ler Dr. Wallner-Leipzig in Aussicht genommen. Die Volkspartei soll zu ihrem Trost das Volksbildungsministerium erhalten.

Stelling spricht zum Ostprogramm

Die Deutschnationalen wünschen Stellungskrieg im deutsch-polnischen Handelskonflikt — Hunger und Lohnkürzungen gelten ihnen nichts

Was die Regierung Müller und Preußen für den Osten leisteten

Der Notenwechsel zur deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet wird debattelos in allen drei Lesungen angenommen, ebenso die Vorlage über die Auslösung des Reichsausgleichsamtes. Das Baukreditgesetz für 1930 wird dem Haushaltsgesetz überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Osthilfegesetzes.

Abg. **Stelling** (Soz.):

Die Not der Ostgebiete ist mit verursacht durch die allgemeine Not Deutschlands, aber besonders der jahrelange Wirtschaftskrieg mit Polen und die Grenzziehung haben diese Not furchtbar verschärft. Mit Rücksicht gerade auf unsere finanzielle Lage muß das Hilfsprogramm für den Osten langfristig sein, etwa für zehn Jahre, damit man im voraus überschauen kann, wie der Etat durch diese Summe belastet wird.

Im Osten leidet die gesamte Wirtschaft, und der gesamten Wirtschaft, und nicht einer bestimmten Produzentengruppe muß geholfen werden.

Das jetzige Osthilfeprogramm nimmt fast **nur auf die Not der Landwirtschaft Rücksicht,** die in ganz Deutschland herrscht. Die Not der ostdeutschen Landwirtschaft ist gerade keine Folge der Grenzziehung und des Zollkrieges, wie schwer leiden Industrie, Handel und Gewerbe und insbesondere die Arbeiterschaft unter diesen Verhältnissen. Wir haben wiederholt bewiesen, daß wir wirklicher Agrarnot abhelfen wollen. Das Schielen mit beiden Augen nach dem Großgrundbesitz ist nicht die richtige Hilfe für die Landwirtschaft und wird von uns abgelehnt. (Heiterkeit).

Die Regelung der Umschuldung und der anderen finanziellen Hilfsmaßnahmen,

die Hände, in die die Ausführung der Hilfsmaßnahmen gelegt ist, flößen uns großes Mißtrauen ein,

wie diese Regierung und Herr Schiele überhaupt. Besondere Gesetze für den Eisenbahnbau in Ostdeutschland und andere Verkehrsverbesserungen sind in Aussicht gestellt worden, aber ihre Durchführung ist von einer Besserung der Finanzlage abhängig gemacht worden. Das ist ein sehr fauler Wechsel, der dem Osten da gegeben worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.). Im Ausschuß sind geringe Verbesserungen durch Annahme unserer Anträge durchgesetzt worden, insbesondere durch die Annahme des Antrags, „für sonstige wirtschaftliche Zwecke", statt 3,8 50 Millionen einzusetzen. Das war das mindeste, um den Eindruck zu vermeiden, daß man eine einseitige Hilfsaktion nicht für die gesamte Wirtschaft, sondern für die Landwirtschaft plant. Im Ostprogramm stehen 800 Millionen für die Landwirtschaft, 180 Millionen für Bahnbauten und einem noch kleineren Betrage für Handel und Gewerbe gegenüber. Diese letzteren Summen sind noch dazu sehr problematisch.

Ein Entwurf, der noch von der Regierung Müller ausgearbeitet wurde und von Severing vertreten werden sollte, umfaßte eine Gesamtsumme von 350 Millionen. Diese Summe verteilte sich folgendermaßen: 59 Millionen für Kultur-, Hygiene- und Wohlfahrtszwecke, 80 Millionen für Chausseen, Wasserstraßenbauten und andere Verkehrsverbesserungen, 18,5 Millionen für Gewerbeförderung, Elektrizitätsanlagen, insgesamt 178 Millionen Mark, den Rest dann für die Landwirtschaft. Außerdem waren 5 Millionen für die Frachtensenkung, 70 Millionen für die Lastensenkung vorgesehen. Dieses Programm trug den wirklichen Bedürfnissen des deutschen Ostens Rechnung und brachte vor allem für die Arbeiterschaft wichtige Hilfsmaßnahmen.

Abg. Mache hat bereits darauf hingewiesen, daß die Oder monatelang nicht schiffbar ist. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Unterhalb Breslaus bis zur Mündung liegen augenblicklich 1800 Kähne fest. Das zerreißt völlig die Verkehrsverbindung mit der schlesischen Wirtschaft. Mittel für den Ausbau der Oder als Großschiffahrtsweg sind in das jetzige Ostprogramm nicht eingestellt. Das im Bau befindliche Staubecken von Ottmachau ist unzureichend. Auch das oberschlesische Steinkohlenrevier braucht eine Schiffahrtsverbindung mit der Oder, denn nach der Fertigstellung des Mittellandkanals wird die oberschlesische Kohle in Norddeutschland völlig konkurrenzunfähig sein, wo sie jetzt schon durch die polnische Kohle, die billigere Frachten und Löhne hat, verdrängt wird.

Es wäre ein Jammer, wenn ein solches Gebiet, das die schweren Zeiten der Abstimmung mitgemacht hat, dem Ruin ausgeliefert würde.

Die Arbeitslosigkeit ist dort furchtbar gestiegen, 19,6 Prozent der Belegschaften sind entlassen, die Feierschichten sind erschreckend häufig.

Außerdem sind noch besondere Verkehrsschwierigkeiten zu beheben. In Neusalz a. Oder muß die alte Holzbrücke, die die Schiffahrt behindert, durch eine neue ersetzt werden. Die Stadt kann die Kosten dafür nicht aufbringen. In Marienburg muß der Hafen erweitert werden, in Tilsit der Umschlaghafen ausgebaut, in Elbing verbessert werden. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn wir bei der jetzigen Ostpolitik in nächster Zeit vom finanziellen Erliegen vieler Städte im deutschen Osten hören, z. B. Ratibor, Neustadt Oberschlesien usw.

Tagung der sozialistischen Jugend-Internationale

Kopenhagen, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Anläßlich eines skandinavischen Jugendtages in Kopenhagen tagte in der dänischen Hauptstadt die Sozialistische Jugend-Internationale.

Den Bericht des Sekretariats erstattete Ollenhauer-Berlin. Danach betrug die Mitgliederzahl der der Sozialistischen Jugend-Internationale angeschlossenen Verbände am 31. Dezember 1929: 288 994. Das bedeutet im Vergleich zum Jahre 1928 eine Zunahme von mehr als 18 000 Mitgliedern. An der Spitze der Internationale marschiert die schwedische Arbeiterjugend mit 58 000 Mitgliedern. Die sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands hat ihre Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren um 7000 steigern können. Der holländische Verband zählt 9000 Mitglieder, die dänische Organisation über 12 000 Mitglieder. Auch die österreichische Organisation und die der Tschechoslowakei hatten im letzten Berichtsjahre erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Zwecks Förderung der sozialistischen Jugendarbeit in den Balkanländern wird im Oktober dieses Jahres eine Konferenz der Jugendverbände in den Balkanländern stattfinden. Die Gründung einer rumänischen sozialistischen Jugend-Internationale ist kürzlich erfolgt, so daß nunmehr in allen wichtigen Balkanländern sozialistische Jugendverbände vorhanden sind.

*

Die Exekutive beschloß u. a., das dritte internationale sozialistische Jugendtreffen im Jahre 1934 abzuhalten. Die Entscheidung über den Ort der Veranstaltung soll in einer der nächsten Sitzungen der Exekutive gefällt werden.

Den Interessen der Industriearbeiter ist bisher überhaupt nicht Rechnung getragen worden, Massen polnischer Arbeiter werden in der Industrie und der Landwirtschaft beschäftigt, auch auf den staatlichen Hütten- und Bergwerken.

Man soll diese Leute nicht mit Gewalt um Lohn und Brot bringen, aber ein gewisser Druck auf die deutschen Wirtschaftskreise zur Linderung der deutschen Arbeitslosigkeit ist notwendig. Die Leute, die sich gern national nennen, vergessen, daß es die Arbeiter waren, die Oberschlesien vor der polnischen Annexion gerettet haben, und wollen auch in Oberschlesien Lohnkürzungen und Entlassungen vornehmen. In Seitenberg, Kreis Glatz war die Glasfabrik in Zahlungsschwierigkeiten und schuldet heute ihren 400 Arbeitern noch 100 000 Mark Lohn. Das ist der Beweis, daß die Arbeiter am schwersten an der Wirtschaftskrise zu tragen haben, weil ihnen alle Opfer für die Erhaltung der Betriebe zugemutet werden. Es gibt Orte in den Grenzkreisen, die an Bahnlinien liegen, die durch die neue Grenzziehung zerschnitten wurden, so Namslau und Tirschtiegel mit einer früher regen Industrie, die fast völlig stillgelegt ist, weil kein Absatzgebiet zu erreichen ist. Das industrielle Kapital verläßt aus Furcht und Unrentabilität die Ostgebiete. Die Grenzchausseen verfallen. Das vom Abg. Mache gezeichnete

Elendsbild von Breslau gilt allgemein für ganz Schlesien.

Die schlesische Arbeitslosigkeit steht seit Jahren über dem Reichsdurchschnitt, im März 1930 um 38 Prozent. Wir haben jetzt 57 000 Arbeitslose in Schlesien, 32 000 mehr als im Vorjahr. In einer kleinen Stadt des Kreises West-Sternberg sind 52 Betriebe stillgelegt. Wer sich so energisch für die Kopfsteuer einsetzt, sollte sich fragen, ob solche Kommunen überhaupt Verschwendung treiben können. Die Bergarbeiter sind nicht in die Krisenfürsorge einbezogen worden. Die Folge ist für die Stadt Hindenburg, Oberschlesien, daß 3 500 Arbeiter von der städtischen Wohlfahrt gehalten werden müssen, eine wöchentliche Ausgabe von 175 000 Mark, die die Stadt nicht tragen kann. In Raschau bei Görlitz sind alle fünf Glasfabriken mit 1200 Arbeitern seit über einem Jahr stillgelegt. (Hört! Hört!)

Der Redner schildert dann

die Not des deutschen Schulwesens im Osten,

den Mangel an Klassenzimmern und Lehrkräften, wodurch die Kinder in manchen Orten gezwungen sind, bei jedem Wetter im Freien zu warten, bis der Lehrer einen Teil der Schüler nach Hause schickt, um die anderen zu unterrichten. Große Gemeinden ermangeln noch der Kanalisation und es fehlt das Geld dafür. Die hygienischen Einrichtungen sind unzureichend, dabei ist die Seuchengefahr so nahe der Grenze größer als sonst wo.

Die Säuglingssterblichkeit in Oberschlesien beträgt 13,5 Prozent gegen 8,4 Prozent im übrigen Preußen, die Tuberkulosesterblichkeit 12,16 gegen 10,3 Prozent.

(Hört! Hört! bei den Soz.) **Fürchterlich ist die Wohnungsnot z. B. in Gleiwitz.** Das Elend in Waldenburg-Neurode ist bekannt genug; wenn doch das furchtbare Unglück dazu beitragen würde, den Bergarbeitern dort endlich eine gründliche Besserung zu schaffen.

Die Löhne in Schlesien stehen unter denen im Gesamtstaat.

Für Jugend- und Gesundheitspflege ist längst nicht soviel aufgewendet worden als im Westen. Der dafür vorgesehene Betrag von 8,8 Millionen muß wesentlich erhöht werden. Denken Sie doch auch an die nationalpolitischen Momente an der blutenden Grenze unserer Republik und helfen Sie, Zustände zu schaffen, die ein gesundes, lebensfrohes Volk heranwachsend machen. Zeigen Sie durch Taten, daß Sie für die Volksnot Verständnis haben, das wird weit besser sein, als wenn Sie (nach rechts) die Grenzbevölkerung zu einem Ritt gen Osten auffordern! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Dr. Kleiner** (Dnat.) fordert die in Preußen regierende Sozialdemokratie auf, dem Elend an der Ostgrenze abzuhelfen und spricht dann von tschechisch-polnischen Eroberungs- und Teilungsplänen gegen Schlesien. Der deutsch-polnische Handelsvertrag wird die Entlassung von 20 000 Bergarbeitern notwendig machen, daher stimmen Sie (zu den Soz.) doch dagegen! Polen fördert seinen Export durch Prämien von 160 Millionen Zloty, davon 116 Millionen für Kohle, wir aber tun fast nichts.

Abg. **Dr. Berlitius** (Ztr.) hebt die Bedeutung des preußischen Siedlungswerks im Osten hervor und führt die schlechte Wirtschaftslage Schlesiens auch auf seine Einschnürung durch den Polnischen Korridor und das Entstehen des Tschechenstaates zurück, während die frühere österreichische Grenze kein Hindernis für die Entfaltung der schlesischen Industrie gewesen sei.

Abg. **Merlins** (Soz.):

Daß unschuldig in Not geratenen Landesteilen von der Allgemeinheit geholfen werden muß, ist selbstverständlich. Für den Osten ist das aber schon seit Jahren geschehen, und hauptsächlich unter Mitwirkung von Sozialdemokraten an der Regierung.

Von 250 Millionen, die dem Osten schon zugeflossen sind, wurden 240 Millionen unter der Regierung Müller bewilligt. (Hört! Hört! bei den Soz.) **Preußen mit seiner sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung hat insgesamt 1 050 000 000 Mark für den Osten aufgewandt.**

Daß Abg. Hergt angesichts dieser 1,3 Milliarden von Vernachlässigung des Ostens spricht, ist unverständlich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Akt der Staatsraison, von dem Minister Schiele sprach, erfordert auch strengste Kontrolle über Verwendung der Milliarde, die in den nächsten Jahren dem Osten zufließen soll. Wir begrüßen, daß die Siedlungsaktion im Vordergrund des Ostprogramms steht. Die Siedler müssen aber auch in den Jahren nach ihrer Ansetzung weitgehend durch Rat und materielle [illegible] gefördert werden. Die Anliegesiedlung ist die wirtschaftl[illegible] Form der Siedlung, und es ist erfreulich, daß im § 6 des Ge[illegible] besondere Bestimmungen für die Ansiedlung verdrängter Ar[illegible]beiter enthalten sind. Die bisherigen Bestimmungen dar[illegible] waren unzureichend, denn nur 4,5 Prozent aller Siedler wa[illegible] bisher Arbeiter. (Hört! Hört! bei den Soz.) Von der Arbe[illegible]losenunterstützung der meistens langfristig arbeitslosen La[illegible]arbeiter könnten Tausenden eine Heimstätte geschaffen werd[illegible]

Die Umschuldung, Betriebssicherung usw. betrachten wir [illegible] größtem Mißtrauen wegen der Formen der Ermächtigung, die [illegible] Regierung gegeben werden soll. Wir warnen vor der [illegible] allgemeinerung der Not der Landwirtschaft. Nur jeder 600. Kl[illegible]betrieb, aber schon jeder 60. Großbetrieb wird als notleidend [illegible] der Statistik geführt. 16 621 Hektar Großgrundbesitz gegen [illegible] 1201 Hektar aus Kleinbesitz wurden im letzten Jahr in Ostpreu[illegible] versteigert. Ein großer Teil der Güter wurde nicht wegen w[illegible]schaftlicher Not, sondern aus Gründen der Erbschaftsspekulati[illegible] versteigert. (Hört, hört! bei den Soz.) Nach Untersuchungen [illegible] Dr. Best gehen die Unterschiede im Hektarertrag auf glei[illegible] Böden bis zu 240 Mark pro Hektar. (Hört, hört! bei den S[illegible]) Herr Best bemerkt recht vorsichtig dazu, daß es in der Landw[illegible]schaft weitgehend auf die Tüchtigkeit des Landbesitzers ankom[illegible]

Die Not des Ostens ist Grenzlandnot und nicht landwirtschaftliche Not.

Sie ist zu ernst, als daß man sie mit Mitteln der Vereinsmei[illegible] und des Lokalpatriotismus betreiben dürfte. Die Frachtm[illegible] belastung Ostpreußens durch die neue Grenze macht allein jähr[illegible] 90 Millionen aus. Die Einkommensverhältnisse im Osten sie[illegible] das Minimum unter dem deutschen Reichsdurchschnitt dar; Be[illegible] liegt mit 160 Punkten über den Durchschnitt, Königsb[illegible] 68 Punkte darunter. (Hört, hört! bei den Soz.)

Landarbeiterfamilien erhalten für vier Arbeitskräfte knapp 2500 Mark im Jahre.

Diese Lohnverhältnisse sind unerhört, und es gibt trotzdem [illegible] Landwirte, die eine Tarifverschlechterung durchsetzen wo[illegible] 40 Sägewerke an der Memel in Ostpreußen liegen still, [illegible] masurische Kanal ist im Bau liegen geblieben und erfordert [illegible]lich 120 000 Mark unnütze Erhaltungsausgaben. Kulturelle [illegible] soziale Ausgaben sind ebenso wichtig, wie die Umschuldung. [illegible] verlangen wenigstens, daß die Umschuldungskredite nicht wie[illegible] verloren gehen können. Von den bisher gegebenen 70 Milli[illegible] Mark Umschuldungskrediten sind 25 Millionen bereits verl[illegible] (Hört, Hört! bei den Soz.)

Herr von Auer, Goldschmieden in Ostpreußen, ließ sein Gut umschulden und dann in der Zwangsversteigerung von seiner Frau kaufen, ein anderer Großagrarier verwandte seinen siebenjährigen Sohn zu diesem Manöver.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen die Verteilung [illegible] Kredite auf die verschiedenen Größenklassen nach dem Anteil [illegible] wirtschaftlichen Fläche. Wir lehnen die Mitwirkung von Gl[illegible]bigern und Schuldnern bei der Umschuldung ab. Gegen [illegible] Methoden der Betriebssicherung haben wir die schwersten [illegible] denken. Wir beantragen Abzweigung einer Summe von 15 [illegible]lionen aus den Betriebssicherungsmitteln für soziale und kultu[illegible] Zwecke. Erst nach Annahme unserer Anträge kann der Akt [illegible] Staatsraison vor dem Forum der Oeffentlichkeit bestehen. (S[illegible]hafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **von Rheinbaben** (D. Vp.) befürchtet von einer [illegible]schaltung des Reichstags oder des Reichsrats in die Ausfüh[illegible] des Osthilfegesetzes eine Verzögerung, die keinesfalls erträ[illegible] wäre, und hält dem deutschnationalen Redner entgegen, daß [illegible] nicht zugleich Ablehnung des Handelsvertrages mit Polen [illegible] gewaltige Subventionen für den Osten fordern könne.

Abg. **Hoernle** (Komm.) bespricht die Not der Arbeiter[illegible] im Osten, der schon seit der sogenannten Bauernbefreiung [illegible] 120 Jahren zurückgesetzt und benachteiligt werde, um den Jun[illegible] zu nützen. Mit der Siedlung fessele man die Landarbeiter [illegible] die Scholle und mache sie zu Lohndrückern.

Es folgen die am Sonnabend zurückgestellten Abstimmun[illegible] das Hypothekenaufwertungsgesetz wird unter Ablehnung de[illegible] nationaler Anträge verabschiedet. Dazu eine Entschließung [illegible] Erhöhung der gesetzlichen Mieten. — Für die beiden G[illegible] über den Reichswirtschaftsrat stimmen in der Sch[illegible]abstimmung 228 Abgeordnete der Regierungsparteien und [illegible] Sozialdemokratie, dagegen 168 Abgeordnete der Rechten und [illegible] Kommunisten, zwei enthalten sich. Da somit die wegen des [illegible]fassungsändernden Charakters dieser Gesetze erforderliche [illegible] drittelmehrheit nicht gegeben ist, verkündet der Präsident [illegible] Ablehnung. (Lebh. Bewegung).

Beim Gesetz über die Weizenvermahlung wird der so[illegible] demokratische Antrag auf Einführung der Vorschrift auf [illegible]wichtsverkauf (die beim Roggenbrotgesetz mit einer Sti[illegible] Mehrheit abgelehnt worden ist), mit 200 Stimmen der R[illegible] gegen 190 Stimmen der Rechten und eines Teiles der Mitte [illegible] acht Enthaltungen angenommen. In der darauffolgenden Sch[illegible]abstimmung stimmen die Sozialdemokraten gegen das [illegible]mahlungszwangsgesetz, das im Hammelsprung jedoch mit [illegible] Stimmen der Regierungsparteien und der Rechten g[illegible] 146 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten [illegible] einer Enthaltung verabschiedet wird.

Nach Genehmigung des Bauprogramms der Reichs[illegible] vertagt sich das Haus um 20 Uhr auf Dienstag, 15 Uhr: [illegible]schußbericht über die Unterstützung der Opfer von Neurode, [illegible]gesetz, Deckungsvorlagen, Osthilfe.

Kurze Meldungen

Heraufsetzung des Wahlalters?

Berlin, 14. Juli.

Auch die Deutsche Volkspartei hat jetzt im Reichstage einen Antrag eingebracht, das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen.

Rücknahme der thüringischen Haßgebete

Weimar, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Von unterrichteter Seite wird verlautet, daß die thüringische Staatsregierung ihre Haßgebete zurückziehen wird, sobald die Entscheidung des Reichsgerichts in Weimar offiziell vorliegt. Man rechnet mit dem Eingang dieser Entscheidung im Verlauf dieser Woche.

Nazis morden einen Arbeiter

In Schöningen schossen Nationalsozialisten während eines Zusammenstoßes mit Kommunisten den kommunistischen Arbeiter Körber nieder. Körber erhielt einen Lungenschuß, dessen Verletzungen er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus erlegen ist. Als Anstifter der Mordtat gilt ein aus Berlin zugereister Hitlerfunktionär namens Krone.

Nationalsozialistischer Regierungsrat vom Amt suspendiert

Düsseldorf, 15. Juli. (Eigener Funkbericht).

Der Regierungsrat bei der Düsseldorfer Regierung, von dem Knesebeck, ist wegen seiner Betätigung im nationalsozialistischen Sinne vom Amt suspendiert worden. Der nationalsozialistische Beamte hat wiederholt Versammlungen der Hitlerpartei geleitet und sich rednerisch im Hitler-Jargon betätigt.

Strafantrag im Berufungsprozeß Stinnes

Berlin, 14. Juli.

In der Berufungsverhandlung des Stinnesprozesses beantragte heute der Vertreter der Anklagebehörde gegen den Hauptangeklagten Hugo Stinnes eine Geldstrafe von 100 000 Mk., wobei 20 000 Mk. als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten sollen. Bei den Angeklagten von Waldow und Bela Groß, die in erster Instanz zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, trat der Staatsanwalt für die Verwerfung der Berufungen ein. Gegen den Angeklagten Leo Hirsch beantragte er eine Geldstrafe von 8000 Mk., wovon 1000 Mk. als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten sollen. Der Strafantrag gegen den Angeklagten Rothmann lautete auf 10 000 Mk. Geldstrafe unter Anrechnung von 2000 Mk. auf die Untersuchungshaft.

Nationaler Verleumder verurteilt

Köln, 5. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Die Große Kölner Strafkammer verurteilte den Redakteur Grohe vom „Westdeutschen Beobachter" wegen Beleidigung des früheren preußischen Innenministers Grzesinski zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 2 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe.

Voruntersuchung gegen Pabst eingeleitet

Nach Blättermeldungen ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Stabsleiter der Heimatschutzverbände, Major Pabst, der bekanntlich vor einigen Wochen ausgewiesen wurde und sich gegenwärtig in Venedig aufhält, wegen Vergehens der Aufwiegelung gegen die Staatsgewalt die Voruntersuchung eingeleitet worden. Von dem Ergebnis der Voruntersuchung wird es abhängen, ob gegen Major Pabst ein Steckbrief erlassen wird. Das Gesetz sieht eine solche Maßnahme bei hochverräterischen Umtrieben vor.

Der erste türkische Botschafter in Warschau

Nach dem die türkische Gesandtschaft in Warschau zum Rang einer Botschaft erhoben worden ist, hat die Angora-Regierung ihren bisherigen Gesandten in Sofia Husref Bei zum Botschafter in Warschau ernannt. Der neue Botschafter wird voraussichtlich Ende August seinen Posten in Warschau übernehmen.

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

22) (Nachdruck verboten!)

„Haben Sie der Gratt Ihre Meinung gesagt?"

„Ich habe sie davor gewarnt, sich zu tief in die fixe Idee einer Rache zu verrennen!"

„Das hat sie natürlich nicht hören wollen!"

„Natürlich nicht!"

„Wissen Sie, im Bösen möchte ich mit dieser Frau nicht in Berührung kommen. Wenn die sich einmal etwas in den Kopf gesetzt hat, läßt sie nicht locker, ehe sie ihr Ziel erreicht hat."

„Trotzdem wird sie keinen Meineid schwören!"

„Glauben Sie? Ich bin noch nicht so fest davon überzeugt."

„Wenn sie schwört", meinte Dr. Walter nachdenklich, „steht es natürlich sehr schlimm für uns. Dann kann man bestenfalls auf Tötung im Affekt plädieren."

„Vielleicht aber auch auf Notwehr?"

„Das wäre möglich, wenn die Gratt ihre Angaben nicht in solch konziser Form machen würde. Wenn sie dabei bleibt, daß sie gesehen hat, wie Wieringer auf Gunnino schoß, wird kein Geschworener Notwehr annehmen."

„Können Sie begreifen, daß ein Mensch einen andern, den er früher so sehr geliebt hat, kurzerhand zum Mörder stempeln will?"

„Was ist denn daran schon zu begreifen? Sie wissen doch, daß große Liebe sehr schnell in genau so großen Haß umschlagen kann. In beiden Fällen hört die Vernunft auf. Das ist doch eine alte Wahrheit!"

„Wann gehen die Akten zu der Binde?"

„Eigentlich heute noch", sagte Dr. Presser zögernd, „aber ich kann es vielleicht noch ein bis zwei Tage hinausschieben. Wagner wird es aber nicht mehr gutheißen. Deshalb habe ich auch Hergenrath vorgeboten. Vielleicht findet er noch eine andere Lösung."

„Ich dachte eben daran", erwiderte der Anwalt ruhig, „ob es nicht am besten wäre, wenn Wieringer mit der Gratt selbst einmal sprechen würde. Dann müßte es doch zu einer Klärung kommen. Schließlich wird sie doch nicht Auge in Auge mit ihm ihre Beschuldigung aufrechterhalten."

„Das wäre vielleicht eine Möglichkeit", gab Dr. Presser zu. „Aber warten wir damit, bis Hergenrath hier war. Er muß ja bald kommen."

„Wenn man nur wüßte", fuhr er nach kurzer Pause fort, „was denn in aller Welt so wichtig war, was die Gratt wiederholen wollte, daß deshalb ein Mensch sterben mußte. Wieringer verweigert jede Auskunft darüber und die Gratt schweigt sich ebenfalls in allen Sprachen aus."

„Ich halte diesen Punkt noch nicht einmal für so wichtig", meinte Dr. Walter ziemlich gleichgültig. „Es hat ja nicht mit dem Tod Gunninos an sich zu tun."

„Das Gericht wird anderer Ansicht sein, fürchte ich", versetzte der Richter ziemlich erregt. „Denn aus dem Haben oder Nichthaben jener Sachen resultiert ja die ganze Geschichte. Der Wille, diese Dinge zu besitzen, war doch das Motiv! Vergessen Sie das nicht! Es ist überhaupt alles etwas sonderbar daran. Sehen Sie, mit Wieringer ist das Mädchen tödlich verfeindet. Dann geht sie trotzdem zu ihm in die Wohnung, zu einem Menschen, den sie so sehr verabscheut und haßt, um etwas von ihm zu erbitten!"

„Vielleicht verließ sie sich auf den Zauber ihrer Persönlichkeit. Sie muß früher doch sehr stark auf Wieringer gewirkt haben!"

„Möglich — aber das sonderbarste kommt noch. Gunnino wollte sie heiraten. Und trotzdem soll er nicht gewußt haben, was vorher gewesen war und was die Gratt von Wieringer verlangte. Glauben Sie daran?"

„Das ist nun wieder nicht so abwegig, wie Sie meinen, Presser. Ich kenne eine ganze Anzahl Männer, welche sich absolut nicht darum kümmern, wie ihre Frauen vor der Ehe geliebt haben. Und dann dürfen Sie nicht vergessen, daß Gunnino in einer ziemlich starken sexuellen Hörigkeit zur Gratt gestanden haben muß. Es hat ihretwegen Frau und Kind verlassen, und wahrscheinlich hatte sie auch noch zur Bedingung gestellt, daß er nicht fragen dürfe. In einem solchen Zustand pflegen die Menschen bekanntlich alles zu versprechen."

Die Unterhaltung wurde durch den Eintritt des Kommissars Hergenrath unterbrochen. Nach kurzer Begrüßung gab Dr. Presser ihm jenen ominösen Artikel zu lesen, welcher ihm selbst heute seitens der Staatsanwaltschaft zugegangen war.

Auch der Kommissar las den kurzen Ausschnitt mehr[illegible] aufmerksam durch. Die wenigen Zeilen lauteten folgenderma[illegible]

„Es ist erstaunlich, mit welch geringer Sorgfalt das L[illegible] unserer Mitbürger seitens der Behörden eingeschätzt w[illegible] Notorische Mörder, welche sowohl den Gerichten als auch [illegible] Polizei gut bekannt sind, gehen frei und ungehindert u[illegible] Was gedenkt die Staatsanwaltschaft zu tun, um diesem [illegible] erhörten Zustand ein Ende zu machen? Oder sollen wir wa[illegible] bis der temperamentvolle Kapellmeister W. noch mehr Men[illegible] über den Haufen schießt? Wir hoffen, daß dieser Hinweis ge[illegible] um die Behörden an ihre Pflichten zu erinnern und Herrn [illegible] dorthin zu befördern, wo er hingehört!"

Der Beamte gab den Ausschnitt achselzuckend zurück. „[illegible] ist eine Infamie!" bemerkte er dazu.

„Woher dieser Wisch kommt, braucht man ja wohl [illegible] lange zu fragen", meinte Dr. Presser.

„Das ist freilich ziemlich klar!" entgegnete der Kommi[illegible]

„Hören Sie, Hergenrath", fuhr der Richter fort, „ich w[illegible] noch einmal gern über die Sache mit Ihnen sprechen. [illegible] Wieringer in Untersuchungshaft kommt, ist jetzt ja unvermei[illegible] Ich für meinen Teil glaube indes nicht, daß er wirklich sch[illegible] ist. Sie haben doch in der Sache die Nachforschungen ange[illegible] Haben Sie dabei nicht irgend etwas gefunden, was die S[illegible] oder Unschuld Wieringers erweisen könnte?"

Hergenrath zuckte abermals die Achseln. „Ich muß [illegible] stehen, daß meine Kunst hier versagt. Es war unmöglich, e[illegible] Neues zu erfahren. Es war ja niemand dabei, und die [illegible] sagen der Beiden sind Ihnen bekannt. Was mich bei der [illegible] Untersuchung gewundert hat, war die scharfe Form der Anklag[illegible]

„Das kann auf ihre doch immerhin berechtigte Erre[illegible] zurückzuführen sein", warf Dr. Presser ein. „Vielleicht wa[illegible] auch wirklich der Ansicht, daß Wieringer Gunnino getötet ha[illegible]

„Sie verlangte seine sofortige Verhaftung!"

Dr. Walter pfiff hier leise durch die Zähne. „In der T[illegible] fragte er, „wollte sie das? Das ist sehr interessant!"

Er überlegte einen Augenblick, um sich dann an [illegible] Kommissar zu wenden. „Was ist Ihre Meinung, Herr He[illegible] rath, ist er schuldig?"

Der Beamte zögerte mit der Antwort.

„Wenn Sie mich als Privatmann fragen", sagte er sch[illegible]lich, „dann muß ich Ihnen sagen, daß ich mir hierüber nic[illegible] klaren bin. Es spricht manches dafür, manches aber auch [illegible] dagegen."

(Fortsetzung f[illegible])

Der große Bluff des russischen Parteitages

Erst wurde die Rechtsopposition moralisch vernichtet — dann wählte man ihre Führer Rykow, Bucharin und Tomski wieder in das Zentralkomitee

Der Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei hat außen mit einer Ueberraschung geendet. Ueber der Rechtsposition und ihren Führern Rykow, Bucharin und Tomski hat sich während der Dauer des Parteitags unaufhaltsam ein Gewitter entladen. Krachende Donnerschläge fuhren nieder: „Unterstützung der Linie des Klassenfeindes, Feigheit, Verhehlerei, parteischädigendes Verhalten." Aber keiner dieser Donnerschläge hat wirklich eingeschlagen und am Schluß des Parteitags wurden alle drei Führer der Rechtsopposition wieder in das Zentralkomitee gewählt, Rykow sogar in das Politische Büro des Zentralkomitees, das heißt in die Körperschaft, die Sowjetrußland diktatorisch beherrscht. Aber im Grunde genommen war dies keine Ueberraschung. Dieser Parteikongreß war nichts als eine Demonstration, er konnte nicht eine Kraft sein, die eine wirklich politische Wendung in Rußland hätte hervorrufen können. Dazu ist die Diktatur des Politischen Büros der Russischen Kommunistischen Partei zu tief verankert und in dieser Diktatur die persönliche Diktatur Stalins.

Rein politisch gesehen vollzieht sich die Entwicklung in Rußland in grotesken Widersprüchen. Die Richtung Trotzki und die Richtung Stalins kämpften einst bei der Aufstellung des Wirtschaftsprogramms erbittert miteinander, um die Politik, die die Russische Kommunistische Partei der Bauernschaft gegenüber einschlagen hätte. Das Ergebnis des Ringens war der sachliche Sieg Trotzkis, der Fünfjahresplan in seiner ursprünglichen Fassung — zugleich aber auch die vollkommene Niederlage des persönlichen Siegers, sein Ausschluß aus der Partei und die Verbannung. Es begann jener wütende Angriff auf den selbständigen Bauern, der das Wesen der Stalinschen Politik vor der Wendung verdunkelte. Die katastrophalen Wirkungen, die dieser Kurs nach sich zog, führten zum Hervortreten der Rechtsopposition. Der Kampf gegen die Kulaken wurde im Sinn der Rechtsopposition gebremst — dafür aber wurde der Parteikongreß zu einer Nachtsitzung nicht gegen Stalin, sondern gegen die Rechtsopposition.

Diese Scherze aber können nicht verdunkeln, daß das russische Staatsschiff im Zickzack gesteuert wird. Bald stößt es hier an Klippen, bald da. Eine schlimme Prüfung steht ihm eben bevor. Der Parteikongreß hat beschlossen, daß das Stalingramm unverändert weiter durchgeführt wird: verstärkte Industrialisierung und Fortsetzung der Kollektivisierung der Landwirtschaft. Der Beschluß war vorauszusehen, was aber nicht vorauszusehen ist, und was kein Parteikongreß durch Beschluß und kein Diktator durch Dekret herbeiführen kann, das ist die Ernte. Die große Aufbringungskampagne für die Ernte beginnt. Dabei wird sich herausstellen, wie der Stalinkurs auf den Anbau und auf die Stimmung der Bauern gewirkt hat. Trotz des offiziellen Optimismus, der auf dem Parteikongreß vertreten wurde, scheint die Diktatur Schwierigkeiten vorauszusehen. Bereits beginnen die Kommandierungen von Arbeiterkommunisten auf das Land zum Zwecke der Aufbringung der Ernte. Es hat den Anschein, daß ein Requisitionsfeldzug vorbereitet wird. Was das bedeutet, und welche Folgen dieser Feldzug hat, das hat die Periode des Kriegskommunismus gelehrt!

Aus diesem Grunde ist auch die Wiederwahl von Rykow, Tomski und Bucharin durchaus nicht erstaunlich. Alle führenden Mitglieder der Russischen Kommunistischen Partei einschließlich der Oppositionellen, wissen, daß die Diktatur einer außerordentlich ernsten Prüfung entgegengeht. In ähnlichen Fällen pflegt man in Ländern mit anderen Verfassungen Konzentrationskabinette zu bilden, in Sowjetrußland wählt man die Führer der Rechtsopposition wieder in das Zentralkomitee.

Der Verlauf des Parteitages entsprach im übrigen durchaus dem Charakter, den diese mehr demonstrativen als beschließenden Versammlungen inzwischen angenommen haben. Die auswärtigen Kommunisten durften auch diesmal als Statisten auftreten und ihre präparierten Reden vortragen. Der deutsche Kommunist Heinz Neumann hat wieder einmal versichert, daß in Deutschland eine unmittelbar revolutionäre Situation bevorstehe und daß die Führung der deutschen Kommunistischen Partei, die im übrigen alle ihre Fehler einsehe, lebhaft bestrebt sein werde, mit Unterstützung der russischen Bruderpartei diese Situation auszunutzen.

Der Parteitag hat ferner der Vertretung der Russischen Kommunistischen Partei in der Kommunistischen Internationale sein Vertrauen ausgesprochen und sie beauftragt, nach wie vor, in der Kommunistischen Internationale im Interesse der Weltrevolution zu wirken.

Für jeden logisch denkenden Menschen müßte das ein neuer schwerer Stoß gegen jene bekannte diplomatische Fiktion sein, daß Sowjetregierung und Kommunistische Internationale nichts miteinander zu tun haben. Aber da diese diplomatische Fiktion nun einmal besteht, hat die Logik zu schweigen. Die deutsch-russischen Verhandlungen haben den Russen nur zu deutlich gezeigt, wieviel sie auf diese Fiktion sündigen können und sie haben sich deshalb auf dem Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei nicht im mindesten veranlaßt gesehen, zu verbergen, daß Beziehungen und wie enge Beziehungen in Wahrheit bestehen!

Die Wahrheit über Mailand

rw. In Italien herrscht der Faschismus, in Italien gibt es kein freies Wort, keine Versammlung nichtfaschistischer Art, keine Meinungsäußerung die der Diktatur nicht genehm ist, keine Zeitung, die anders schreiben könnte, als es ihr amtlich auferlegt wird. Eine Mauer des Nichtwissens steht zwischen Europa und Italien, denn auch von außerhalb kann und darf nur kundgetan werden, was in das Konzept der herrschenden Clique paßt.

Plötzlich aber erscheint ein Flugzeug, ein kleines unscheinbares Passagierflugzeug über der lombardischen Hauptstadt Mailand, der wirtschaftlich und geistig bedeutendsten Stadt des Landes. Schnell löst es sich aus schwindelnder Höhe von den Wolken, kreist kaum 200 Meter über dem leuchtend weißen Orientierungspunkt des Domes, dem Zentrum Mailands und wirft Flugblätter ab. Zuerst denken die Passanten, es sei Reklame wie eine der üblichen faschistischen Manifestationen. Rote, grüne, gelbe, weiße Zettelchen flattern durch die Luft, fast unbeachtet, die ersten Menschen auf der Straße einen Blick darauf werfen und lesen:

Recht und Freiheit

Revolutionäre antifaschistische Organisation

Aufstand ist Auferstehung

Der Faschismus hat Italien zu Grunde gerichtet. 1 000 Arbeitslose, 14 000 Konkurse in einem Jahr, 2 Millionen protestierte Wechsel. Italien ist das höchstbesteuerte Land der Welt, in acht Jahren faschistischer Herrschaft wurden die Steuern von 12 auf 21 Milliarden Lire erhöht.

In den letzten dreißig Monaten — 5 Millionen neue Steuern, 5 Millionen neue Schulen —. Die wirtschaftliche Hauptstadt Italiens muß Einhalt gebieten. Weg mit den Räubern. — Es lebe eine freie Regierung für das freie Italien.

Auf anderen Zettelchen wurde mitgeteilt, daß in dreißig Städten Italiens von der Organisation Freiheit und Recht die Vorbereitungen einer neuen Revolution vorbereiten.

Rasch weicht die Konsternierung, die Spannung dem Hochgefühl des Einzelnen, nicht verlassen und einsam zwischen dem Spitzelsystem des faschistischen Alltags zu, rasch stecken die Passanten die Zettel zu sich, lösen sich die Zungen. Man spricht von Faschismus, man spricht von Opposition. Das schweigsamste Land Europas findet für Momente zur politischen Offenheit seiner Tradition zurück. Dann rücken die Milizsoldaten an, die sich von ihrem Schrecken erholt haben und versuchen, zu beschlagnahmen, klettern auf Zäune und Dächer, während das Publikum verstohlen lächelt und einige Deutsche, die im Caffee Biffi am Domplatz einigen Auseinandersetzungen zwischen solchen Zettelklaubern und Polizei mitansehen, fluchtartig die Stadt verlassen. Alarm wird geblasen, Flugabwehrgeschütze eingerichtet und eine Jagdstaffel mobilisiert — — —

Der kühne Flieger aber ist verschwunden; er warf seine Zettel ab und stieg steil, fast vertikal wieder in den Himmel. Am St. Gotthard, ein wenig unterhalb des Passes auf der iberischen Seite wird kurze Zeit darauf ein Flugzeug gegen eine Felswand stoßen gesehen. Der Sturmwind, der Kälte und Schnee bringend über Mitteleuropa über die Alpen fegt, hatte es erfaßt und zu Kleinholz zertrümmert. Einige Arbeiter und ein Gastwirt aus der Nähe sehen sich um, hören italienische Rufe und finden dann einen jungen, etwa 25jährigen Mann, blutend und hinkend auf der Gotthardstraße. Er wird nach Andermatt ins Spital gebracht. Er hat sich ein Bein gebrochen, verschiedene Verletzungen erlitten, ist aber nicht lebensgefährlich verwundet, ist auch nicht der Spion, für den man ihn anfangs hielt — St. Gotthard ist die bedeutendste gegen Italien liegende Festung der Schweiz —, sondern offenbar der kühne Flieger über Mailand.

Luigi Bassanesi liegt in weißen Verbänden gehüllt im Krankenzimmer, als der erste Reporter, ein Genosse aus Lugano zu ihm tritt. Er berichtet nur kurz, hauptsächlich über sein Unglück; schließlich, vorsichtig auch ein wenig über die Zukunft seines Heimatlandes.

Er ist die Zukunft, das Morgen Italiens.

Poincaré und die Saarfrage

Er wünscht die Korrektur der Grenze von 1814

Paris, 15. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Im „Exzelsior" vertritt Poincaré heute die These, daß das Saargebiet nach Recht und Geschichte zu Frankreich gehört und ist allen Ernstes: „Es wäre rechtmäßig gewesen, wenn man Frankreich zu mindestens die Grenze von 1814 wiedergegeben hätte. Obwohl diese Grenze zahlreiche Gebiete ausschließt, die dem Wunsch ihrer Bevölkerung zu Frankreich gehören, Frankreich hat Anspruch zum mindestens auf Saarbrücken, Saarlouis und Landau." Weiter behauptet Poincaré, die Volksabstimmung sei ein unveräußerliches Recht der Saarbevölkerung, niemand aufgeben oder schmälern dürfe. Gelinge es, nur die Zeit der Abstimmung zu gewährleisten, dann würden sich mit „sicherlicher Wahrscheinlichkeit" zahlreiche Gemeinden und Städte für Frankreich entscheiden. Es sei daher unannehmbar, daß man unter dem Vorwand einer deutsch-französischen Zusammenarbeit dem Saargebiet „die germanische Souveränität" aufdränge. Die Saarverhandlungen endlich, die von Deutschland mit dem offenen Ziel einer Revision des Versailler Vertrages geführt worden seien, hätten bisher für Frankreich nur bittere Enttäuschungen gebracht. Wenn man sie je wieder aufnehmen müßte man sich aufs schwerste hüten, sich von Deutschland einen Weg der Vertragsregelung stoßen zu lassen, denn man würde sonst unweigerlich im Abgrund landen.

Frankreich feiert

Paris, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Nationalfeiertag ist am Montag mit einem militärischen Prunk gefeiert worden, wie er vor dem Kriege nicht mehr üblich war. Außer den Regimentern der Pariser Garnison mit ihren Tanks, ihren Autogeschützen und ihrer „motorisierten Kavallerie" nahmen zu Ehren der Jahrestagsfeier der Eroberung Algeriens mehrere Abteilungen in Uniform der alten afrikanischen Armee an der Parade teil. An sich wirkt sich die Festesfreude der Pariser in weniger offiziellen Kundgebungen aus. Seit zwei Tagen tanzt halb Paris unermüdlich auf den Straßen und Plätzen. Am Montag war des Tanzens und der Musik kein Ende mehr. Am Mittag wurden wie üblich die Gratisvorstellungen in den Staatstheatern gestürmt. Abends bewunderte man die offiziellen Feuerwerke und tanzte weiter zu Ehren des Bastillensturms bis in die frühen Morgenstunden.

In Straßburg, wo der kommunistisch-autonomistische Stadtrat jede offizielle Feier abgelehnt hat, kam es am Montag zu kleinen Radauszenen. Damit die Straßburger aber nicht allzu sehr das fehlende Feuerwerk und die Beleuchtung des Münsters vermißten, veranstaltete die Garnison ein riesiges Feuerwerk.

Paßerleichterungen nach Holland

Haag, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag wurde hier zwischen Deutschland und Holland ein Abkommen unterzeichnet, nach dem Deutsche, die Holland drei Tage lang als Ausflügler bereisen wollen, keinen Paß mehr benötigen. Sie können an jeder deutschen Grenzübergangsstelle den erforderlichen Ausweis in Form eines drei Tage gültigen „Ausflugsscheins" für 25 Pfennig erwerben. Holländer können gegen den gleichen Schein und dieselbe Gebühr einen dreitägigen Ausflugsschein ohne Paßzwang für Helgoland, Aurich, Osnabrück, Münster, Düsseldorf, Aachen, Köln, Trier und Koblenz erhalten. Die Neuregelung tritt bereits im August in Kraft.

Die schwarze Liste der Faschisten

Zürich, 14. Juli. (Eigener Bericht.)

Die „Liberia Stampa" in Lugano hat mit der Veröffentlichung der schwarzen Liste der Faschisten begonnen, in der u. a. der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler, der schweizerische sozialistische Nationalrat Francesco Bareila und die österreichische sozialdemokratische Abgeordnete Anna Boschek zu finden sind. Ueberraschend wirken Namen wie Theodor Däubler, der bekannte aus Triest stammende deutsche Dichter und Angehörige der preußischen Dichterakademie, der sich politisch nie betätigt hat, der expressionistische deutsche Dichter Dr. R. Hülsenbeck oder gar Georg Kaiser und der ungarische Expressionist Andor Nemeth.

Aegyptens Regierung zurückgetreten

Kairo, 15. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die Regierung Sidky Pascha ist zurückgetreten und nach der Neubesetzung des Außen- und des Justizministeriums wiederum ernannt worden.

Die Verhandlungen der Regierung mit dem gemäßigten Flügel des Wafd sind gescheitert. Der König vertagte daraufhin den Wiederzusammentritt des Parlaments durch Erlaß bis auf den Spätherbst. Der Wafd scheint jedoch entschlossen, seinen Abwehrkampf unter allen Umständen fortzusetzen. Das von der Regierung erlassene Umzugsverbot in der Provinz wird von dem Wafd überall ignoriert. Er stützt sich dabei auf die ihm freundlich gesonnene Haltung eines großen Teils des Offizierskorps. In Anbetracht dieser indirekten Unterstützung durch die bewaffnete Macht erwartet man schon demnächst einen neuen Versuch zum Zusammentritt des bis auf den Herbst vertagten Parlaments.

In Alexandrien ist dieser Tage der bekannte englische Spion Colonel Lawrence aufgetaucht.

Aenderung der Gesetzentwürfe über die Kopfsteuer

Der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der Kopfsteuer, der am Sonntag zwischen den Regierungsparteien vereinbart worden ist, weicht in einigen Punkten von dem ersten Entwurf ab. Danach sind die Gemeinden bis zum 31. März 1931 lediglich berechtigt, die Kopfsteuer einzuführen. Eine Verpflichtung zu ihrer Einführung ist nur für den Fall vorgesehen, daß im Rechnungsjahr 1930 die Realsteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird. Vom Rechnungsjahr 1931 ab bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, die Kopfsteuer einzuführen, wenn die Realsteuern den Landesdurchschnitt übersteigen. Für die Senkung der Realsteuern und für die Verkoppelung der Zuschläge zur Kopfsteuer mit den Realsteuersätzen sind besondere Reichsgesetze in Aussicht genommen.

Diese Aenderungen des Gesetzentwurfes über die Kopfsteuer dienen lediglich dem Zweck, ihre parlamentarische Durchsetzung noch vor der Sommerpause des Reichstags zu ermöglichen. Auch hofft man, dadurch den Widerstand der Länder im Reichsrat abschwächen zu können. An unserer Beurteilung der Kopfsteuer wird durch die inzwischen beschlossenen Aenderungen nichts geändert. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den neuen Entwurf wird nicht geringer sein als gegen den alten.

Schamlosigkeit

Dieser Mann ist „deutschnational"

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurden am Montag abend die Beratungen über die Novellen zur Krankenversicherung beendet. Nach Schluß der Beratungen begründete der Zechendirektor Leopold einen deutschnationalen Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, nunmehr auch eine Novelle zur Knappschaftsversicherung vorzulegen und diese der verschlechterten Krankenversicherung anzupassen.

Abg. **Aufhäuser** (Soz.) beantragte zur Geschäftsordnung gegenüber diesem Roheitsakt, der einen Tag nach der Beisetzung der Opfer von Neurode vorgenommen werden soll, Uebergang zur Tagesordnung. Es wurde so beschlossen.

Stadtverordnetenwahlen in Leverkusen und Opladen

In Leverkusen und in Opladen fanden am Sonntag die wegen der Eingemeindung notwendig gewordenen Stadtverordnetenwahlen statt.

In Leverkusen erhielt das Zentrum 4711 Stimmen und 11 Mandate (bisher 9), die Sozialdemokraten 2124 Stimmen, 5 Mandate (5), Kommunisten 4091 Stimmen, 9 Mandate (9). Vereinigte bürgerliche Listen (Deutschnationale, Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei) 2745 Stimmen, 6 Mandate (7), Christlich-Soziale Reichspartei 659 Stimmen, 1 Mandat (1), Nationalsozialisten 1234 Stimmen, 3 Mandate (2), Kommunistische Opposition 295 Stimmen, kein Mandat, Evangelischer Volksdienst 772 Stimmen, 1 Mandat (0), Vororte-Partei 829 Stimmen, 2 Mandate (0).

In Opladen erhielt das Zentrum 4296 Stimmen, 10 Mandate (9), Kommunisten 1372 Stimmen, 5 Mandate (4), Vereinigte bürgerliche Listen 653 Stimmen, 2 Mandate (3), Wirtschaftspartei 692 Stimmen, 3 Mandate (3), Christlich-Soziale-Reichspartei 598 Stimmen, 2 Mandate (3), Sozialdemokraten 494 Stimmen, 2 Mandate (3), Evangelische Wahlvereinigung 2070 Stimmen, 4 Mandate (0), Nationalsozialisten 165 Stimmen, kein Mandat.

Neuer Landvolkprozeß

Itzehoe, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Im Itzehoer Ständesaal begann am Montag vor dem Schöffengericht ein neuer Landvolkprozeß gegen insgesamt 26 Angeklagte, unter denen sich die bekannten Landvolkführer Hamkens, Weschke, Wulf, Salomon, Muthmann usw. befinden. Die Anklage lautet auf Anmaßung, Aufreizung zum Steuerstreik u. a. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Block, die Anklage wird von Oberstaatsanwalt Gollnik vertreten. Verteidiger der Angeklagten ist Rechtsanwalt Luetgebrune-Göttingen. Muthmann ist zur Verhandlung nicht erschienen.

Rechtsanwalt Luetgebrune beantragt Ablehnung des Schöffen Osnabrügge, weil er Angehöriger der SPD. und Parteifreund des vom Landvolk besonders heftig angegriffenen Oberpräsidenten Kürbis sei. Der Oberstaatsanwalt widerspricht dieser Ablehnung heftig, da die Parteizugehörigkeit die Ablehnung nicht rechtfertige. Der Schöffe erklärt sich nicht für befangen. Der Vorsitzende lehnt daraufhin den Antrag des Verteidigers ab.

Rheinlands Stahlhelm arbeitet illegal

Köln, 15. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die „Rheinische Zeitung" veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe ein Rundschreiben des Kölner Stahlhelms, das beweist, wie lebhaft die verbotene Organisation auch illegal arbeitet. In dem Rundschreiben wird ferner mit einer Aufhebung des Verbots als mit einer unmittelbar bevorstehenden Tatsache gerechnet und die preußische Staatsregierung deswegen verhöhnt. Das Rundschreiben spricht von einem Sieg des „Stahlhelms" und von neuer bevorstehender erhöhter Arbeit.

Die „Rheinische Zeitung" schreibt dazu, daß dieses Rundschreiben hoffentlich gegen eine Aufhebung des Verbots wirke, da sich zeige, daß die Stahlhelmleute doppelzüngig seien. Der Stahlhelm gebe nach außen hin loyale Erklärungen ab, um nach der Aufhebung des Verbotes das Gegenteil von dem zu tun, was er versprechen.

Familien-Anzeigen

Stumm schläft der Sänger!

Am 14. Juli verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Freund und Sangesbruder, der
2. Bevollmächtigte des D. M.-V.

Paul Hanske

im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Volkschor Breslau.

Einäscherung: Freitag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 2927

Am 14. Juli 1930 verstarb unser lieber Genosse der Gewerkschaftsangestellte

Paul Hanske

im Alter von 55 Jahren.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.

Einäscherung: Freitag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Gesamtverband der Arbeitnehmer.

Am Sonnabend, den 12. Juli 1930, verstarb unser Kollege, der Pensionär

Paul Hübner

im Alter von 58 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Beerdigung Mittwoch, den 16. Juli nachmittags 2 Uhr, von der Halle des neuen Mauritius-Friedhofes am Lerchenberg.

Am 12. Juli 1930 verschied unser Mitglied

Herr Paul Hübner

im Alter von 58 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Schärpenkasse der Städtischen Rohrnetzbetriebe

Beerdigung: Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Mauritiusfriedhofes am Lerchenberg. 3625

Am 11. Juli verstarb unser Freund und Arbeitskollege, der Maschinenschlosser

Adolf Schnabel

im Alter von 53 Jahren. 7624

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitarbeiter der Belegschaft der Firma R. Falkhl, Holzbearbeitungsfabrik.

Beerdigung: Dienstag, den 15. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Halle 2, Tor 5, des Oswitzer Friedhofes.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Am Sonntag, den 13. Juli verschied nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, die
Kettengarnspulenzirbeiterin

Frieda Erber

im Alter von 25 Jahren. 2930

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Filiale Breslau-Stabelwitz.

Beerdigung: Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 15 Uhr, vom Trauerhause in Marschwitz.

GEBURTS- VERLOBUNGS- HOCHZEITS- TODES-
ANZEIGEN
liefert schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 4/6.

Am 14. Juli verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gewerkschafts-Angestellte

Paul Hanske

im Alter von 55 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Berta Hanske geb. Lachmann
nebst Angehörigen.

7626

Einäscherung Freitag, 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.

Unser Kollege und Bevollmächtigter

Paul Hanske

ist am Montag, dem 14. Juli, im Alter von 55 Jahren gestorben. Er war von Beruf Bauschlosser, gehörte unserem Verband seit 34 Jahren an und bekleidete den Posten als Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Breslau seit 10 Jahren.

Paul Hanske war ein pflichtgetreues Mitglied, ein gewissenhafter Funktionär und Anwalt für die Arbeiterinteressen und hat das in ihn gesetzte Vertrauen seiner Kollegen vollauf verdient. Für seinen Fleiß und seine Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung hat er sich den Dank der Metallarbeiter und ein ehrendes Andenken für alle Zeiten gesichert.

Die Ortsverwaltung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Einäscherung: Freitag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen. 2925

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Der Weltschlager
Dolly's Abenteuer
Operette in 4 Akten
von R. Benatzky
Loni Heuser
Ico Wimmer a. G.
Gegen Vorweisung dieser Anzeige 50% Ermäßigung an der Theaterkasse

LIEBICH
Täglich 8.15 Uhr
die amüsante Randow-Revue
Komm zu mir
mit Herta Loewe u. den entzückend. Randow-Girls
Ruf 34646

Zurückgekehrt
San.-Rat Dr. Niché

„Schillergarten" Oswitz
Jeden Mittwoch:
Großes Kinderfreudenfest
mit Überraschungen 2723
im festlich dekorierten Garten unter Leitung von Onkel Drolly — Eintritt frei

Hoffmanns Garten, Oswitz
Heute und täglich:
Großes Garten-Freikonzert
ausgeführt von Damen-Trompeterkorps „Weserlust"
Jeden Mittwoch: 2918
Großes Kinder-Freudenfest
Montag und Donnerstag **Strohwitwer-Ball** Eintritt frei!

Bei Husten und Heiserkeit
Adamynin
bei Husten, Heiserkeit etc.
in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Blücherplatz 3
(Hohen-Apotheke)

Fernsprecher 21737 u. 21739
Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in kürzester Lieferzeit
Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 — Flurstraße Nr. 4/6

Luna-Park
2936 Direktion: E. Strachotta
Breslau—Morgenau Tel. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Luna-Park.
Ab morgen 16. Juli:
Das vollständig neue Programm
mit Grete Luiter, der hervorrag. Stimmungssoubrette; Fritz Hauka, „Der" Humorist; P. K. Rudolph, Jongleur- und Balanceakt.
Dazu der Operettensketsch: „Die anständige Frau"
Mittwoch mit dem beliebten Verkehrten Ball Anfang 8 Uhr
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag, nachm. 4 Uhr Vorstellung u. abds. 8 Uhr Vorstellung m. Ball
Montag, Mittwoch und Freitag: nur Abendvorstell. mit dem beliebten Verkehrten Ball
Eintritt: Nachm. 25 Pf., abds. mit Tanz 50 Pf.

Morgen:
Einmalige Gelegenheit!

Einzelne oder durch Dekoration und Vorzeigen leicht angestaubte
Frottier-Wäsche
bestehend aus Handtüchern, Badelaken, Badeteppichen, darunter auch große vorteilhafte Frottierstoffreste, besonders für Badelaken u. Bademäntel geeignet, in verschied. guten, teils extraschweren Jacquardqualitäten
30—40% unter Preis

2 Serien
Herren-Hosenträger
aus vorzüglichem festem Strapaziergummi, mit Leder- od. Gummiteilen, in vielen Ausführungen
Serie I Paar 78 Pf. Serie II Paar 95 Pf.

In assortierten Weiten und leicht angestaubte bunte
Perkal-Oberhemden
in ganz vorzüglichen guten Qualitäten, in großer Farben- u. Musterauswahl, nur moderne Dessins, durchweg Stück nur 3.45

500 Paar außergewöhnlich billige
Dam.-Trikot-Schlüpfer
in prachtvoller, feinfädiger Qualität und allen guten Farben, sämtliche bis zu den größten Weiten
Größe 42—46 Paar 1.10 Größe 48—50 Paar 1.25

Mehrere hundert 45/100 cm große
Küchen-Handtücher
in guten Gebrauchsqualitäten, grau, mit verschiedenen bunten Streifen . . . . . Stück 29 Pf.

1 Posten äußerst praktische
Frauen-Gummi-Wirtschaftsschürzen
in ganz schweren Qualitäten, mit eingestanzten Bändern und Trägern, in verschied. Farben, m. klein. Schönheitsfehlern durchweg Stück 1.25

Einige hundert sehr schöne
Stickerei-Hemdenpassen
i. Trägerform, i. riesiger, neuartig. mod. Ausmust., teilw. leicht angestaubt, z. Aussuch., durchw. St. 38 Pf.

1000 Riegel
prima Oberschal-Seife
zirka 500 Gramm Frischgewicht Riegel 36 Pf.

2 große Stück
Ia Glycerin-Seife
in vorzüglicher, milder Qualität, 2 Stück 25 Pf.

2922
Messow Waldschmidt
Schmiedebrücke

Reste und Abschnitte
sowie Leib-, Bett-, Tisch- und Hauswäsche aus dem Saison-Ausverkauf wirklich sehr — sehr billig
Auf diese billigen Preise noch
25% Ermäßigung!
Kommen Sie auf jeden Fall — auch wenn Sie nicht die Absicht haben — zu kaufen!
Wäsche-Manneberg
Inhaber: Lutz Manneberg
Im Hofe! Rauschestraße 47/48 Im Hofe!
Kein Ladenverkauf, daher so billig! Jeder Kunde erhält ein Geschenk

Verkäufe

Betten Deckbetten 15, 18, 25 Mk. Kissen 5, 6, 7,50 Mk., rote Inlets verkauft 2917
Leihhaus Oelsnerstr. 12, I.

Nußbaum-Schrank
160 breit, mit Spiegel, verk. preiswert Tischlerei Fürstenstraße 6. 2924

Wohnungen

Alleinstehende sucht möbl. oder unmöbl.
Zimmer
jedoch nicht über 25 Mk monatlich. Offerten mit Preisang. unt. A. 242 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Malerarbeit!
Zimmer modern gespritzt 18 bis 22 Mk. Offerten unter B. 832 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 7422

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inseranten unserer Zeitung zu berücksichtigen!

Kleine Anzeigen
sind komprek gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 8 Pfennige, fett 4 Pfennige

Guter Fahrrad, neue Bereifung, verkauft Schleiermacherstr. 25, parterre rechts.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Nabwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Feldstraßenplatz 8. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtl. in Breslau.

Breslauer Nachrichten

Paul Hanske †

in memoriam.

Paul Hanske, der dem Deutschen Metallarbeiter-Verband 4 Jahren als Mitglied angehörte und 30 Jahre Partei- war, ist nicht mehr unter den Lebenden. Zehn Jahre be- e er das Amt des Bevollmächtigten des Deutschen Metall- er-Verbandes der Verwaltungsstelle Breslau. Lange Jahre Branchenleiter der Bauschlosser und Vertrauensmann im hen Metallarbeiter-Verband. In jungen Jahren gehörte Bezirksleitung und Ortsverwaltung an. Die Arbeits- von Arbeitnehmerseite beim Arbeitsgericht wählten ihn beitsausschuß zu ihrem Vorsitzenden. Er war Mitglied des es des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und wiederholt erter auf den Verbandstagen. Paul Hanske hat seinen genossen gedient bis zur Erschöpfung, ja bis zu seinem Dies ist kein übertriebenes Lob, sondern buchstäbliche eit.

ie wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse stellen heute n Gewerkschaftsangestellten in leitender Position die n Anforderungen. Wer nicht starke Nerven besitzt, wird m aufregenden und aufreibenden Kampf gegen die Aus- g und Unterdrückung der Arbeiter frühzeitig zermürbt und ben. Paul Hanske hat bei dieser Arbeit sein Bestes ge- Er war ein äußerst bescheidener, ehrlicher und fleißiger . Keine Arbeit war ihm zuviel. Oft hat er bis in die nachtsstunden hinein in seinem Arbeitszimmer gesessen, wendige Arbeiten zu erledigen. Er war ein Mann von m Fleiß und ernster Pflichterfüllung. Bei seiner Be- heit und Verträglichkeit hat er wohl kaum einen persön- Feind gehabt. Das will bei der heutigen politischen Zer- g und Verhetzung schon etwas heißen.

aul Hanske ist in Breslau geboren und in Freiburg in im Jahre 1896 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ten. Von der Zeit seines Eintritts in den Verband war für die Entwickelung und Stärkung des Verbandes und D. tätig. Bis zu seinem 45. Lebensjahre bekam er alle des armen Proleten aufs allerschwerste zu spüren. Er uch vor Maßregelungen durch kapitalistische Unternehmer rschont.

uch in den letzten zehn Jahren seines Lebens als An- r des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war er ein r Arbeiter und wollte auch nichts anderes sein. Wir chmerzbewegt an seiner Bahre und legen einen schlichten der Dankbarkeit auf sein Grab. Paul Hanske war ein es Volkes, die Arbeiter werden ihn und seine Arbeit stets n Andenken behalten. H. Z.

atholische Heiligen-Industrie

Schles. Volkszeitung" klärt Sozialdemokraten auf

e bösen von Gott schon längst verlassenen Sozialdemo- hatten wieder einmal gelegentlich auf die sonderbare Art ie der katholischen Reliquienverehrung hingewiesen, daß lich etwas eigenartig anmutet, wenn im Reliquienschatz che von einzelnen Heiligen in verschiedenen Gotteshäusern Köpfe, mehrere rechte oder linke Arme, Hände usw. gäbe. uns dann der Vorwurf gemacht (den wir uns gern ein- wollen), daß wir nicht viel von diesen Dingen verstehen. rum folgt dann anschließend unter der Ueberschrift: **enverehrung und Sozialdemokratie"** folgende Auf- -Epistel in der Sonntagsausgabe der „Schlesischen Volks- , die wir gern nachdrucken, da gerade in unsern Kreisen eis geklagt!) eine fürchterliche Unwissenheit über solch re Christenbräuche herrscht:

Demgegenüber sei kurz folgendes bemerkt: Es herrschte r Kirche der Brauch, einzelne körperliche Ueberreste der en so zu vergeben, daß mehrere Teile z. B. des rechten s oder der Hand an verschiedene Gemeinden kamen, die zu Heiligen in irgend einer besonderen Beziehung standen. faßten dann die Reliquien in ein meist kostbares uiarium, das oft, in Metall getrieben, die Form des be- den Körperteiles hatte, und stellten dann den „Arm" eiligen zur Verehrung aus. Auf diese Weise kann es, verstanden, mehrere rechte „Arme" desselben Heiligen

Oder man besaß vielleicht ein Stück der Hirnschale eines n Märtyrers, ließ einen Kopf aus Holz schnitzen, fügte nochenteil diesem Kopfe ein und besaß dann ein „Haupt" lutzeugen. Andere Kirchen handelten mit anderen Teilen en Hauptes ähnlich, und so konnte es vorkommen, daß rschiedenen Orten je ein „Haupt" eines und desselben en aufbewahrt wurde.

nun wissen wir es also. Wenn so ein heiliger Apostel ine Seele hinauf zum Himmel flog, wurde von so aller- chäftstüchtigen Leuten die körperlichen Ueberreste auf die ensten Gemeinden verteilt und so dann aus Knochen- schockweise Arme, Hände und Füße, aus Hirnschalen- ganze Heiligenschädel fabriziert. Mehr wollten wir auch ssen und behaupten. Das ist das dogmatische erstarrte tum, das auf solche Weise Glauben beibringt und nebenbei r nicht unbeträchtliche Geschäfte macht. Im übrigen wird diesem Artikel noch mitgeteilt, daß die katholische Kirche mit Heiligen vorgesehen hat, so gibt es unter anderem niger als 82 Georgs und der heilige Dionysius ist sogar emplaren vertreten. Arme Gläubige, da solltet ihr euch aller Reliquienverehrung noch ein Bild von einem solchen machen, wenn ihr z. B. ehrfurchtsvoll vor einem Hirn- ichen eines der 59 Dionysius steht. Unter solchen Um- iberläßt der denkende Mensch lieber unbesorgt den Himmel ben.

b für „patentamtlich geschützte Ideen"

So allerhand Betrügereien.

Polizei konnte dieser Tage den schwer vorbestraften vertreter H. K. verhaften, der unzählige Betrügereien at. Seine Spezialität bestand darin, Waren ohne Be- an sich zu bringen und sie sofort wieder zu Geld zu Damit aber noch nicht genug, hatte er einen „Verlag" en gerufen, den er vielversprechender Weise „Union verlag für Handel, Industrie, Sport und patentamtlich Ideen" taufte und auch in der Provinz in 15 Fällen bige fand, die Inserate für eine Eisenbahnfahrplan- afel aufgaben und entsprechende Anzahlungen leisteten, atürlich für sich verbrauchte. Die Polizei hat ihn nun Festnahme darüber belehrt, daß diese Praxis nun leider e patentamtlich geschützte Idee ist.

Gegen Radaupolitik der Nazis

und ihre milden Richter

Ueberfüllte Protestkundgebung des Reichsbanners

Die Radaupolitik der Nationalsozialisten, die durch eine eigenartige Beurteilung durch die deutsche Justiz zu immer neuen Untaten aufgereizt wird, veranlaßte den Ortsverein Breslau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold für gestern abend eine Protestkundgebung einzuberufen, um ganz besonders die Verwaltungsbehörden auf den Plan gegen diese Art Justiz zu rufen, die mit einem außergewöhnlichen Zartgefühl gegen politisches Strolchtum das Ansehen und die Autorität der Republik vor die Hunde gehen läßt.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses konnte die Massen kaum fassen, die erschienen waren, als unter den Klängen eines Marsches die Fahnenabordnungen in den Saal marschierten. Selbstverständlich waren auch Nationalsozialisten gekommen, denen jedoch beim Anblick dieser gewaltigen Kundgebung der Mut verging, sich irgendwie mausig zu machen.

Kamerad Alexander gedachte, während sich die Versammelten von den Plätzen erhoben, einleitend der Opfer der Bergwerkskatastrophe von Hausdorf, unter denen sich auch eine Anzahl Reichsbannerkameraden befinden, die noch vor drei Wochen beim Gautreffen in Breslau mitmarschierten. Der Dank für ihre Treue komme am sinnfälligsten in dem Gelöbnis zum Ausdruck, in ihrem Sinne weiterzukämpfen, bis die Republik so ausgebaut ist, daß sich auch der Aermste in ihr wohlfühlen kann.

Dann sprach Kamerad Bürgermeister Mache zu dem Thema „Hakenkreuz und Justiz", das er mit dem Entwurf eines Bildes der Göttin der Gerechtigkeit einleitete, wie man es sich angesichts der üblich gewordenen Rechtsprechung gegen die politischen Rowdys vorstellen muß. Schon in der Vorkriegszeit mit den Schreckensurteilen gegen Sozialisten hatte die Arbeiterschaft das Empfinden, daß die Justitia unter ihrer Augenbinde hervorschielt und Schlesien und besonders Breslau mit seiner Janske-Kammer waren zu einer traurigen Berühmtheit geworden. Aber auch heute sind es wieder Gerichte in Schlesien, die nach einer allerdings sehr zweifelhaften Berühmtheit streben.

Erinnernd an die Prozesse im Falle des Kameraden Doktor aus Breslau, der Reichsbannerkameraden aus Striegau, an die ergebnislose Nachforschung nach dem Mörder des Kameraden Bräuer aus Bankwitz, kam der Redner auf den vor einigen Tagen beendeten Schweidnitzer Prozeß gegen die Nationalsozialisten und jene Versammlung zu sprechen, die im September vorigen Jahres nach einer planmäßigen Vorbereitung unter brutalster Gewaltanwendung gesprengt wurde. Er kennzeichnete treffend diese mit Krankenautos und Hakenkreuzschwestern erscheinenden Versammlungsbesucher, die neben ihrer Untat auch noch das Eigentum anderer requirierten. Hingen sie sich nicht ein politisches Mäntelchen als Deckmantel um, würden diese rauflustigen Kaschemmenkolonnen schwer bestraft, aber weil sie politische Argumente vorschützen, werden sie noch als überschwengliche idealistische Kämpfer gefeiert.

Diesem Banditentum stellte Kamerad Mache die politischen Aktionen der Vorkriegszeit gegenüber, wo unter der Losung der sich zu einer Macht entwickelnden Sozialdemokratie: Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren!, gegen den politischen Gegner nicht eine Hand erhoben wurde, aber Zuchthausstrafen von 4 bis 10 Jahren gegen Streikende verhängt wurden.

Der Schweidnitzer Prozeß habe gezeigt, daß auch heute noch Zeichen und Wunder geschehen, denn als das gleiche Gericht die Reichsbannerkameraden aus Striegau vor sich hatte, strömte es eine gewisse Energie aus und erachtete auch 1½ Jahre Gefängnis für den Hauptangeklagten als angemessen, obwohl dieser nichts anderes getan hatte, als der Führer des Reichsbanners zu sein, das sich gegen den Stahlhelmüberfall zur Wehr setzte. Im Naziprozeß legte der gleiche Vorsitzende jedoch eine merkwürdige Toleranz an den Tag.

Das Reichsbanner wendet sich ganz entschieden gegen diese das Ansehen und die Autorität des Staates untergrabende Art der Verhandlung und ihr Ergebnis, denn sie stellen geradezu Aufforderungen an den politischen Mob dar, sich den Gesetzen der Republik entgegenzustellen, und wenn sie weiter Schule machen würden, brauchte es nicht wundernehmen, wenn die Republik, die sich das gefallen läßt, über kurz oder lang zusammenbrechen würde. Wenn Richter wie in Schweidnitz, im Münchmayerprozeß in Brieg oder Amtsrichter Springer aus Polkwitz das Bedürfnis haben, den Clown zu spielen, dann mögen sie das tun, wo sie wollen, nicht aber dort, wo sie als Vertreter des Staates ihres Amtes zu walten haben. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat begrüßenswerter Weise bereits eine entsprechende Anfrage an die Staatsregierung gerichtet und ersucht, das erforderliche zu veranlassen, aber die republikanischen Parteien werden darüber hinaus es bei dieser Antwort allein nicht bewenden lassen dürfen. Der preußische Justizminister möge nur noch mehr als bisher seine Bestrebungen verwirklichen, leitende Stellen nur mit zuverlässigen republikanischen Beamten zu besetzen. Vor allem sollte nur einmal für ein Jahr die Unabsetzbarkeit der Richter aufgehoben werden. (Beifall.) In dieser Situation ist das Vorgehen der preußischen und badischen Staatsregierung gegen die Faschisten zu begrüßen. Es wäre dem Reichsbanner ein leichtes, die Antwort mit harten Fäusten zu geben. Es hat den Schutz der Republik auf sein Panier geschrieben und das bedeutet Kampf gegen den Mob und die Verleumder, aber es lehnt bei diesem Kampf die Gewaltanwendung gegen Andersdenkende ab, weil unser Volk Ordnung und Frieden braucht. Dennoch sei den Faschisten gesagt, daß sich das Reichsbanner in seinen Versammlungen zu schützen wissen und unbeirrbar seinen Kampf zu führen wissen wird für Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit.

Langanhaltender Beifall der überfüllten Versammlung folgte den Ausführungen des Kameraden Mache und einmütig stimmte die Versammlung der Annahme folgender

Resolution

zu:

Die in den überfüllten Sälen des Gewerkschaftshauses versammelten mehr als 3000 Republikaner protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das überhandnehmende politische Rowdytum in der Deutschen Republik und verlangen nunmehr energisches und rücksichtsloses Durchgreifen der Verwaltungsbehörden.

So lange die Justiz es duldet, daß, wie in den Prozessen in Schweidnitz und Brieg das Gerichtsforum zu einer Radauantisemitenversammlung herabgewürdigt wird, so lange deutsche Richter, eingeschüchtert durch nationalsozialistische Roheiten und Frechheiten, Urteile fällen und begründen wie in Schweidnitz, so lange wird auch kein deutscher Staatsbürger mehr das Gefühl in der Rechtssicherheit der deutschen Republik haben. Gerechtigkeit erhöht ein Volk, Ungerechtigkeit stößt es in die Tiefen der Unkultur zurück. Das Schweidnitzer Urteil und seine Begründung stellen geradezu einen Anreiz für die verbrecherischen Elemente dar, Ruhe und Sicherheit unseres Staatslebens aufs Schwerste zu gefährden. Deutschland in schwerster Wirtschaftsnot braucht Ruhe und Frieden, um leben zu können. Wir fordern daher, daß alle Regierungsstellen und Parlamente in Reich und Staat alles aufbieten, um dem planmäßigen, verbrecherischen Treiben der Nationalsozialisten ein Ende zu machen, damit die friedliebenden Staatsbürger nicht gezwungen werden, zur Selbsthilfe zu greifen. Der dadurch entfesselte Bürgerkrieg würde den völligen politischen und wirtschaftlichen Zerfall des deutschen Volkes bedeuten.

Drei Nationalsozialisten waren mutig genug, gegen die Resolution zu stimmen, ohne dafür niedergeknüppelt zu werden, wie es Republikanern in ähnlichem Falle in einer Naziversammlung ergehen würde. Mit dem Ausmarsch der Fahnen fand die Kundgebung ihren Abschluß. Obwohl vor dem Gewerkschaftshaus nach Schluß verschiedene Nazitypen zu beobachten waren, ist es jedoch zu Störungsversuchen nicht gekommen.

Breslaus werktätige Bevölkerung wird erwartet

zum 3. Schlesischen Arbeiter-Turn- und Sportfest am 26. und 27. Juli im Stadion

Sonnabend, 26. Juli:

Ab 8 Uhr: Leichtathletische Wettkämpfe, Handball- und Fußballspiele.
Ab 15 Uhr: Geräteturnen.
Ab 18 Uhr: Schwimm-Wettkämpfe.
20 Uhr: Schlesier-Kampfbahn:

Massen-Festspiel

„Mach dich frei" (1000 Mitwirkende).

Sonntag, 27. Juli:

Ab 8 Uhr: Ruder- und Kanu-Wettkämpfe, Flutkanal am Stadion.
Handball- und Fußballspiele, leichtathletische Wettkämpfe.
13 Uhr: Festzug (Wachtplatz—Freiheitsbrücke—Stadion).
Ab 15 Uhr: Massen-Freiübungen, leichtathletische Endkämpfe, Fußballspiel

Polen — Schlesien

Nähere Einzelheiten im Programmheft und Teilnehmerverzeichnis.

Eintrittspreise: Vorverkauf 50 Pfennig, an der Kasse 60 Pfennig, Dauerkarte 1,50 Mark, Kinder nur an der Kasse 10 Pfennig, Erwerbslose mit Ausweis nur an der Kasse 30 Pfennig.

Vorverkauf: Sportzentrale Schlesien, Friedrich-Wilhelm-Straße 47, Fahrradhaus „Frisch auf", Nikolaistraße 79, Restaurant des Gewerkschaftshauses, Läger des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts" und bei den Mitgliedern der Arbeiter-Sportvereine.

Volksbund für Mutterschutz e. V., Ortsgruppe Breslau

Unsere Juli-Veranstaltungen finden an folgenden Tagen statt:

Dienstag, den 15., im Gelben Löwen in Hundsfeld
Mittwoch, den 16., im Gewerkschaftshause
Freitag, den 18., bei Völkel in Deutsch-Lissa

In allen Versammlungen ein aufklärendes Referat unseres beratenden Arztes. Gäste haben Zutritt. Mitglieder freien Eintritt.

Nach den Vorträgen mit Aussprache und Fragenbeantwortung

geschlossene Mitgliederversammlung.

Die Hosentasche aufgeschnitten

Teures Nachtquartier auf der Promenadenbank

Eine recht traurige Erfahrung mußte in einer der letzten Nächte ein junger Mann machen, der in Breslau Durchreiseaufenthalt nehmen mußte, sich unweit des Freiburger Bahnhofes auf eine Promenadenbank setzte und ein Nickerchen machte. Unbemerkt pirschte sich ein Taschendieb an ihn heran, schnitt ihm die Hosentasche auf und nahm ihm die Geldbörse ab, in der sich 20 Mk. Bargeld und Gepäckscheine über einen Reisekorb und eine Kiste befanden. Damit nicht genug, nahm der Dieb dem Schlafenden auch noch die silberne Uhr und die auf den Namen Paul Hein lautende Invalidenkarte ab. Als der Bestohlene im Eilschritt zur Bahn kam, um wenigstens noch seine Gepäckstücke zu sichern, konnte er nur noch den Bescheid in Empfang nehmen, daß die Stücke, in denen sich Wäsche und Kleidung befand, bereits abgeholt worden sind.

Zwei Nazis wollen stänkern

Während der Protestversammlung des Reichsbanners im Gewerkschaftshause pendelten gestern abend gegen 21 Uhr zwei Nazis die Margaretenstraße entlang, die sich im Vorbeigehen am Gewerkschaftshause im Hersagen abfälliger Bemerkungen über das Reichsbanner übten, in der Absicht, die an der Straße stehenden Reichsbannerleute zu provozieren. Der ersehnte Gefallen wurde ihnen jedoch nicht getan, sondern die Polizei sah sich die Bürschchen nur etwas näher an und stellte fest, daß es sich um den Reisenden P. und den Arbeiter M. handelt.

Das Brillantkollier war verschwunden

Aus der Wohnung eines Kaufmanns war Anfang des Monats ein Brillantkollier im Werte von 1000 Mark verschwunden. Da am Vormittag des gleichen Tages auch die Hausangestellte entlassen und fortgezogen war, lenkte sich der Verdacht auf sie und die Polizei konnte nun das Schmuckstück auch wieder herbeischaffen. Die Hausangestellte hatte es mitgenommen und einer befreundeten Familie zur Aufbewahrung übergeben.

Teilnehmerkarten für die Jugendkundgebung

Am nächsten Sonnabend kommen mehrere tausend freigewerkschaftlicher Jugendlicher aus ganz Schlesien in Breslau zusammen.

Am Sonntag, dem 20. Juli, um 14,30 Uhr, findet in der Jahrhunderthalle eine

Jugendkundgebung

statt.

Die Veranstaltung bietet gesangliche und andere chorische Werke. In ihrem Mittelpunkte stehen Reden von bei uns seltenen Vertretern der deutschen und internationalen Arbeiterschaft.

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind bei den Gewerkschaften möglichst umgehend belegschaftsweise zu entnehmen, weil kurz vor und am Tage der Kundgebung selbst die Möglichkeit der Abgabe nicht mehr besteht.

Betriebsräte und Gewerkschafts-vertrauensleute

Während des Verbandstages der Bergbauindustriearbeiter weilt auch Genosse Dr. Berger in Breslau. B. gehört wegen seiner wissenschaftlichen Kenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu den Sachverständigen des Internationalen Arbeitsamtes und war bekanntlich auch Lehrer an der Wirtschaftsschule in Düsseldorf.

Er hat zugesagt, in einer

Vollversammlung der Betriebsräte

am Mittwoch, den 23. Juli, um 20 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses über das Thema:

„Internationale Wirtschaftspolitik"

zu sprechen.

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute werden heut schon ersucht, sich diesen Abend frei zu halten und alle zur Teilnahme berechtigten Kollegen auf das Stattfinden dieser Versammlung aufmerksam zu machen. Der Eintritt — nur gegen Vorzeigung der Ausweise — ist frei.

Die Ferienfahrt schlesischer Genossen nach Polen

Die Vorbereitungen zu der Studienfahrt nach Polen, die bekanntlich von der Arbeitsgemeinschaft Breslauer Arbeiterkulturvereine für die Zeit von Sonnabend, den 9., bis Mittwoch, den 13. August 1930, geplant ist, können schon jetzt als abgeschlossen gelten. Das Programm für die einzelnen Tage und für die Orte die berührt werden — Königshütte, Kattowitz, Krakau, Zakopane (Tatragebirge), Bielitz — liegt in seiner endgültigen Fassung vor.

Erfreulich ist, daß die Fahrt in zahlreichen schlesischen Parteiorganisationen reges Interesse findet. Täglich laufen jetzt aus den verschiedensten Orten unserer Heimatprovinz Anmeldungen von Genossen ein, die sich diese günstige Gelegenheit, das südwestliche Polen, seine Schönheiten und Eigenarten, sowie das Leben in der dortigen polnischen und deutschen Parteibewegung kennenzulernen, nicht entgehen lassen möchten. Tatsächlich erfordert ja die Teilnahme an der Fahrt nur verhältnismäßig geringe Ausgaben, da sich die Kosten für Bahnfahrt, Besichtigungen, Verpflegung und Unterkunft ab Breslau bis wieder zurück nach Breslau lediglich auf etwa 50 bis 60 Mark belaufen werden.

Näheres über die Fahrt, über die Aufenthalte in den einzelnen Städten, über Besichtigungen, Feiern mit den örtlichen Parteivereinen, sowie über den vorgesehenen Tagesausflug in die Karpathen ist aus dem Informationsmaterial (Fahrtprogramm, Merkbogen über Teilnahmebedingungen, illustrierter Führer für Krakau und Umgebung) ersichtlich, das jedem Genossen und Gewerkschaftskollegen kostenlos zugestellt wird, wenn er sich an eine der beiden folgenden Adressen wendet:

Georg Krause, Breslau 9, Friedensburgstraße 12,

Fritz Lachs, Breslau 16, Wilhelmshafener Straße 66.

Auch hinsichtlich der üblichen, bei einer Auslandsreise unumgänglichen Formalitäten (Paßvorschriften, Visabeschaffung, Geldeinwechselung usw.) enthält dieses Informationsmaterial alles Wissenswerte.

Arbeitsgericht

Herr Sydow wollte ein Exempel statuieren

Der Herrschaftskutscher Do. war bei dem Rittergutsbesitzer E. Sydow in Ober-Alt-Wohlau seit dem 2. Januar 1922 gegen festen Lohn und Deputat mit halbjährlicher Kündigungsfrist beschäftigt. Am 26. Mai 1930 wurde er fristlos entlassen. Do. wandte sich hierauf an das Arbeitsgericht und klagte mit Hilfe des Deutschen Landarbeiterverbandes auf Zahlung von Lohn und Deputat bis 31. Dezember 1930, in Höhe von 617,48 Mark.

Der Kläger schilderte eingangs der Verhandlung den Vorfall, der den Anlaß zur fristlosen Entlassung gegeben hatte. Er habe frühmorgens Häcksel für die Herrschaftspferde geholt und außerdem etwas Kleeheu mit aufgeladen, wie es die Ackerkutscher auch taten. Als er nach einiger Zeit wiederkam, sei alles durchwühlt gewesen. Gleichzeitig kam Herr Sydow zu ihm und machte ihn erregt darauf aufmerksam, daß er nicht soviel Heu verfüttern solle. Das Gespräch nahm immer heftigere Formen an, wobei der Herr Rittergutsbesitzer **entsprechende Bewegungen mit seinem Stock machte.** Der Kläger rief ihm darauf zu: „Schlagen Sie doch!" Herr Sydow entfernte sich jedoch mit der Bemerkung: **„Sie, alter Esel, wenn ich wollte, hätte ich Sie gehauen!"** Gleich darauf entließ er ihn fristlos.

Der beklagte Rittergutsbesitzer gab im wesentlichen den Sachverhalt in der geschilderten Form zu, betonte jedoch, daß er den Leuten untersagt habe, den Pferden zuviel Heu zu verfüttern. Auch sei er durch das „ungebührliche Benehmen" des Kutschers zu der Maßnahme gereizt worden, mit der er endlich einmal ein Exempel statuieren wollte. Ferner sei auch der Halbjahrsvertrag bereits am 1. Juli 1929 gekündigt worden, so daß also der Klage nur die tarifliche Kündigung zugrunde zu legen sei. Der Vertreter des Kutschers betonte dagegen, daß Herr Sydow aus den angeführten Gründen zu einer fristlosen Entlassung nicht berechtigt gewesen sei; er hätte dem Kutscher höchstens zum nächsten Termin kündigen können.

Das Gericht machte sich diese Auffassung zu eigen und verurteilte den Herrn Rittergutsbesitzer zur Zahlung des Lohnes und Deputates bis 30. September 1930 in Höhe von 230 Mark. Einen Vergleichsvorschlag über 150 Mark hatte er vorher abgelehnt.

---

* **Zeugen gesucht.** Am Sonnabend, den 5. Juli, vormittags zwischen 8,30 bis 9 Uhr, wurde auf der Fürstenbrücke der Unfallrenten-Empfänger Karl Cekalla hier, Scheitniger Straße 18, von einem Lastauto mit Anhänger überholt, an die linke Schulter gestoßen, vom Rade geschleudert und alsdann mittels Privatauto nach der Max-Klinik geschafft. Passanten der Brücke, die den Unfall gesehen haben, wollen im Büro des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Breslau, Altbüßerstraße 46, Angaben machen.

* **Autozusammenstoß am Neumarkt.** Heute, vormittags 9,30 Uhr, stießen zwei Autos, ein Molkerei- und ein Geschäftswagen, an der Ecke Lange Holzgasse und Neumarkt zusammen. Dabei fuhr das Milchauto in die große Schaufensterscheibe der Firma Dehmel, die dabei in Trümmer ging. Beide Wagen mußten abgeschleppt werden.

Neu-Breslau

Tschansch. Verkehrsgefahren. Drei schwere Unfälle sind innerhalb einer Woche auf der Karl-Marx-Straße, Ecke Pleßer Straße, in der Nähe des Gasthauses Glaß infolge Zusammenstoßes zwischen Radfahrern, Motorradfahrern oder Autos vorgekommen. Gerade diese Stelle ist außerordentlich gefahrvoll zu passieren, da der neu angelegte Radfahrweg eine besondere Gefahr ist. Auf der einen Seite führt die verkehrsreiche Straße entlang, daneben liegt der Ausspannplatz des Gasthauses Glaß, der durch diesen Radfahrweg besonders beengt ist. Außerdem wird dieser Radfahrweg durchkreuzt durch den Weg, der nach Brockau führt und durch den Verkehr aus der Pleßer Straße sowie dem Anliegerverkehr. Der Radfahrer oder Fußgänger ist gezwungen, nicht nur nach links oder rechts zu sehen, sondern nach vorn und hinten, was aber durchaus schwer möglich ist und das Unglück dann meist geschehen ist. Es ist deshalb im Interesse der Gesamtheit, daß gerade an dieser Stelle Warnungstafeln errichtet werden und auf dem [illegible] Tempo der Motorräder und Radfahrer besonders ein Verbot erlassen und an sichtbarer Stelle angebracht wird.

Herrnprotsch. Rote Falken im Herrnprotscher Schloß. Infolge Lösung des Pachtvertrages stand das zum Dominium gehörende Verwalterhaus, das sogenannte Schloß, leer. Es war ein glücklicher Gedanke, dieses stattliche Haus zu einem provisorischen Ferienheim herzurichten. Unter Führung des Distriktsführers, Genossen Grämmel, hielten hier 45 Breslauer Arbeiterkinder ihren Einzug. Helfer und Helferinnen der Arbeiterkinderfreunde sowie zwei Kochfrauen sorgen für das leibliche Wohl und betreuen die Kinder, welche sich nun sorglos schönen Ferientagen hingeben können. Die nahe Weistritz und der Wald geben reichlich Gelegenheit, sich in Wasser und Luft zu tummeln. Die wenigen Tage werden schnell vorbei sein, und heißt es Abschied nehmen, um anderen Kindern Platz zu machen. Schade, daß das Haus zum Rittergut gehört, es wäre ein schön gelegener Stützpunkt für Ferienwanderungen nach Sandberg, besonders für diejenigen, welche sich größere Reisen nicht leisten können.

Blinkwunder Fensterputz

— **Die Straßenbahner als Konzertgeber in der Heilstätte.** Lang ersehnt wurden sie, dementsprechend auch begrüßt. Bei Beginn des Konzerts gedachte Herr Oberinspektor Schulze der schweren Katastrophe zu Neurode. Um den Kranken nicht das bißchen Freude zu rauben, wollte man in letzter Minute nicht das Konzert absagen. In Ergriffenheit lauschten alle den tiefempfundenen Worten. Das Orchester intonierte hierauf das Lied vom guten Kameraden. — Im weiteren Verlauf des schönen Konzerts unter der bekannt guten Stabführung des Herrn Breiter stellten die Straßenbahner ihre Kunst gern zur Verfügung. — Ein künstlerischer Genuß waren die Darbietungen des national-russischen Balalaika-Orchesters unter Leitung des Herrn Sergius v. Tscherjakoff. Seine Frau, eine bekannte Rundfunksängerin, sang unter stürmischem Beifall russische Volkslieder. Serge Gieroff, der Meistertänzer, machte seinem Namen alle Ehre. Die Vorführungen fanden in Originalkostümen statt und boten da einen besonderen Reiz. Zum Schluß sei noch der Kapelle des städtischen Marstalls gedacht, welche an einem schönen Sommertag die Kranken durch ihre munteren Weisen erfreute. Herr Dirigent Franz und seine Musiker boten da wirklich eine hübsche Ueberraschung. Ihnen allen einen frohen Dank.

Arbeiter-Sport

Fußball

Gesellschaftsspiele für den 19. Juli:

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)
18,00: Südost Ib — Fortschritt I; Klettendorf; Ulbrich (Stern).
18,30: Freie Sportfreunde komb. — Vorwärts komb.; Zankholzwiese; Münster.
18,30: Sparta I — 1928 I; Schlachthof; Winkler (Fr. Sportfr.).
18,00: Silesia-Kickers I — Wacker I; Stadion; Ritter (Südost).
18,00: F.S.B. I — 1921 I; Bebelpark; Eichner.
18,30: V.f.L. I — Stern I; Gandau; Gerlach.
18,30: V.f.K. II — Union II; Herrmannsdorf; Springer.
17,30: V.f.L. Schüler — Stern Schüler; Gandau; Verein.

Am 20. Juli (Sonntag):

10,00: F.S.B. III — Wacker III; Bebelpark; Machner E.
10,00: 1928 II — Sparta II; Goldschmieden; Lukas.
10,00: Wacker II — Einigkeit II; Bebelpark; Auras.
10,00: 1921 II — F.S.B. II; Kosel; Mende (1928).
10,00: Silesia-Kickers II — Stern II; Stadion; Kulla.
8,30: Silesia-Kickers III — Stern III; Stadion; Wollny.
10,00: Vorwärts II — Lanisch II; Lanisch; Runschke (Sil.-Kick.).

Jugendmannschaften:

10,00: Stern I — Sil.-Kickers I; Gräbschen; Marganus.
9,00: Stern II — Sil.-Kickers II; Gräbschen; Marganus.
10,00: Südost I — F.S.B. I; Klettendorf; Sauer (Herta).
9,00: Südost II — Tasmania II; Klettendorf; Sauer (Herta).
9,00: F.S.B. II — V.f.L. II; Bebelpark; Klein.
10,00: Wratislawia I — Sparta I; Blitzwiese; Zedel (Sil.-Kick.).
7,20: Sparta II — Freie Sportfreunde I; Schlachthof; Linke.
11,00: Falke 1. Schüler — 1928 1. Schüler; Neukirch; Verein.

Handball

Gesellschaftsspiele am 20. Juli:

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)
9,00: Nordost 2. M. — 1897 2. M.; Oswitz; Grünig.
11,00: Nordost 1. M. — 1897 1. M.; Oswitz; Jung.
10,00: Stern 1. M. — Wratislawia 1. M.; Sternplatz; Fläschka.
9,30: 1925 2. M. — Gandau 2. M.; Oswitz; Bartsch.
16,00: Mochbern 1. Jgd. — 7. Abt. 1. Jgd.; L.-H.-Platz; Beier.
17,15: Mochbern 2. M. — 7. Abt. 2. M.; L.-H.-Platz; Petersilie.
18,30: Mochbern 1. M. — 7. Abt. 1. M.; L.-H.-Platz; Guhr.
15,00: Südost 1. Schül. — 6. Abt. 1. Schül.; Klettendorf; Verein.
16,00: Südost 2. M. — 6. Abt. 2. M.; Klettendorf; Reichert.
17,10: Südost 1. M. — 6. Abt. 1. M.; Klettendorf; Schröter.
15,00: Silesia 1. Jgd. — 5. Abt. 1. Jgd.; Stadion; Wilch.
16,10: Silesia 2. M. — 5. Abt. 2. M.; Stadion; Hempel.
17,20: Silesia 1. M. — 5. Abt. 1. M.; Stadion; Lichnock.
16,00: Oswitz Sportlerinnen — Silesia Sportlerinnen; Oswitz (Dorf) Berger.

Am 23. Juli:

18,15: Gandau 2. M. — 8. Abt. 2. M.; Gandau; Wurth.

Am 24. Juli:

18,30: 1925 3. M. — 8. Abt. 3. M.; Oswitz; Klose III.
18,30: 8. Abt. 2. Jgd. — Südost 1. Jgd.; Helmutwiese; Jatike.

3. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Hauptausschuß. Mittwoch, 16. Juli, 20 Uhr, Kartellbüro: Sitzung.

Wohnungsausschuß. Donnerstag, den 17. Juli, 19,30 Uhr: Sitzung, Kartellbüro. Sämtliche Obleute der Abteilungen müssen zur Stelle und alle Quartierkarten mitbringen.

Ausschuß für Wanderungen und Führungen

Donnerstag, 17. Juli, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus-Restaurant: Sitzung. Interessierte Genossen, die mitarbeiten wollen und am 28. und 29. Juli Zeit haben, können an der Sitzung teilnehmen.

Kartenvorverkauf

Bundesmitglieder, besorgt euch von euren Vereinskassierern Vorverkaufskarten. — Freitag: erster großer Verkaufstag in den Betrieben.

Tages- und Dauerkarten

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 50 Pf. Dauerkarten für das Publikum kosten 1,50 Mark und gewähren dieselben Vergünstigungen wie für die aktiven Festteilnehmer. Also: Ueberall freien Eintritt, Festschrift, Programmheft und Teilnehmerverzeichnis, Plakette, Straßenbahnkarte (6 Fahrten für 60 Pf.). Wir empfehlen allen Besuchern die Dauerkarte. Erwerbslose zahlen 30 Pf. mit Ausweis nur an der Kasse. Kinder nur an der Kasse 10 Pf. Vorverkauf bei allen Arbeitersportlern, Sportzentrale Schlesien, Friedrich-Wilhelm-Straße 47, allen Lägern des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts", Gewerkschaftshaus-Restaurant.

Freie Turnerschaft Breslau E. V.

Frauen-Abteilung. Alle Abteilungen, die das Festmaterial zum Vorverkauf noch nicht abgeholt haben, holen dies sofort bei dem Bundesgenossen Oswald Lindner, Friedrich-Wilhelm-Straße 102, ab.

1. Frauen-Abteilung. Heute abend 20 Uhr Abteilungsversammlung nicht bei Koschel, sondern im Jugendheim der S.A.J. Seydlitzstraße.

2. Frauen-Abteilung. Ab diese Woche Turnen statt Freitag immer Donnerstag.

[illegible]-Abteilung. Ab diese Woche verlegen wir unseren Turnabend von Sonnabend auf Freitag.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummer [illegible]
Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 3–7 Uhr

Achtung, Frauen! Für den Mittelschlesischen Sozialistischen Frauentag die Plakate, Postkarten und Plaketten im Gewerkschaftshaus, Zimmer [illegible] abholen. Beginnt sofort mit der Werbeaktion und mit dem Verkauf [illegible] die bis zum [illegible] August abgerechnet werden müssen.

Distrikt 18. Morgen, 20 Uhr: Zahlabend bei Krause, Neue Weltgasse. Gäste mitbringen.

Abteilung Innere Stadt, Distrikte 18 und 24. Donnerstag, den 17. [illegible], 20 Uhr, bei Krause, Neue Weltgasse: Funktionärversammlung. Erscheinen [illegible] alle Funktionäre und die von den Distrikten gewählten Helfer zum [illegible]

Distrikt 4. Heute, den 15. Juli, findet eine Funktionär- und [illegible]versammlung bei Koschel, Luisenstraße 15, statt.

Sozialistische Arbeiterjugend

Heime 2 und 7 haben noch keinen Berichtsbogen abgeliefert.

Heim 4. Mittwoch nach der Wiese: Pflichtversammlung aller [illegible]fahrer. Restliche 5 Mark mitbringen. Wer nicht anwesend ist, kann nicht ins Zeltlager mitfahren.

Liederstunde. Heut, 20 Uhr, Heiliges Geist-Gymnasium. Wir lernen Kampflieder.

Heim 6. Mittwoch, ab 19 Uhr, Bebelpark: Außenspiele.

Sozialistischer Kampfbund

Achtung, Generalversammlung! Heute, 20 Uhr, im Bergkeller. [illegible] aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedskarten zur Kontrolle mitbringen.

Jungsozialisten

Donnerstag, 20 Uhr, kommen alle Genossen zusammen, die an der Gestaltung der roten Verfassungsfeier und dem Gautreffen teilnehmen [illegible] Ort: SAJ.-Baracke, Teichäcker.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Dienstag um 18 Uhr sind wir alle zu Spiel und Tanz auf der [illegible]wiese in Zimpel.

Zentralverband der Angestellten, Jugendgruppe. Heute, 20 Uhr, [illegible] Taschenstraße 29/31: „Tagespolitische Rundschau." Referent Kollege [illegible] Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 45: Lichtbildervortrag des Kollegen [illegible] über „Jugoslawien." Heim 3. Sadowastraße 71: Liederabend. Mittwoch, 16. Juli, 20 Uhr, Jugendausschußsitzung für das Heim 4. Donnerstag, 17. Juli, 20 Uhr, Heim 1: Spiel und Sport auf der Blitzwiese, Friedrich[illegible]straße. Heim 2: Die Freunde, die der Revuegruppe nicht angehören [illegible] sich bei Heim 3. Heim 3: Abendspaziergang. Treffen 20 Uhr vor dem [illegible] Ferner Probe der Revuegruppe um 20 Uhr im Heim 1.

Von den Arbeiterkinderfreunden

Helferkreis und Abteilungs-Elternvorstände. Zu besonders wichtiger [illegible]sprechung kommen heute alle Helfer und Abteilungs-Elternvorstände um [illegible] im Heim. Seydlitzstraße, Ecke Hohenzollernstraße, zusammen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Radfahrer des Ortsvereins. Sämtliche Radfahrer des Ortsvereins [illegible] Freitag, den 18. Juli, 18,45 Uhr, am Platz der Republik an zur Fahrt [illegible] Herrmannsdorf. Lampen sind mitzubringen.

Mainzfahrer. Morgen, Mittwoch, 18,30 Uhr erscheinen sämtliche Kameraden, welche an der Befreiungsfeier in Mainz teilnehmen wollen, zu einer Besprechung im Büro. Freitag, den 18. Juli, 14,30 Uhr: Treffen zur Abfahrt vor dem [illegible]portal am Hauptbahnhof.

Vereinskalender

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

Zahlstelle Klettendorf. Mittwoch, den 16. Juli findet um 19 Uhr (7 Uhr [illegible]) im Lokal von Rosenberger in Hartlieb; unsere Zahlstellenversammlung [illegible] Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbands- und Bundestag. Es ist [illegible] eines jeden Kollegen, in dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch weist aus.

Delegierten- und Vertreterversammlung. Donnerstag, den 17. Juli findet 19,30 Uhr (7,30 Uhr abends) im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses [illegible] Delegierten- und Vertreterversammlung statt. Jede Baustelle muß [illegible] sein. Mitgliedsbuch weist aus.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Samariter-Bund

1. Abteilung. Mittwoch abend wichtige Mitgliederversammlung in der Baracke an der Oder.

Touristenverein „Die Naturfreunde"

Donnerstag, den 17. Juli, Vereinsabend: „Geschichtliches aus der Naturfreundebewegung". — Wegen Krankheit des Genossen Schwarz sind alle Hüttenangelegenheiten mit Genossen Kurt Betzold zu regeln, Alsenstraße 31, I, bei Wengler.

Die Tour am 20. Juli fällt aus, da Freigewerkschaftliches Jugendtreffen.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck, auch mit Quellenangabe verboten.)

Das Zentrum der neuen Störung, das gestern abend Mitteldeutschland erreicht hatte und in Schlesien zur Ausbildung eines vorübergehenden Radiums führte, bewegt sich weiter ostwärts und wird am morgigen Tage unserem Bezirk stärker bewölktes Wetter mit Niederschlägen und neuem Temperaturrückgang bringen.

Aussichten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge: Nach West drehender Wind, vorwiegend stärker bewölktes Wetter, mit Regen, vereinzelt Gewitter, erneut kühler.

Sonnenaufgang: 3,56 Uhr. — Sonnenuntergang: 20,14 Uhr.

Wasserstand

	15.7.	14.7.		15.7.
[illegible]	0.72	0.80	[illegible] (Unter-Pegel)	1.0[illegible]
[illegible]	0.81	0.83	Dyhernfurth	0.[illegible]
[illegible]	1.38	1.41	[illegible]	0.[illegible]
[illegible]	1.31	1.35	[illegible] v. 14.7.	−0.0[illegible]
[illegible]	1.04	1.00	Wasserwärme + 18.3	

Werbt ständig für unsere Zeitung

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Ausverkauf der Elektrowirtschaft

Mit Hilfe der deutschen Großbanken

Die begonnene Privatisierung und gleichzeitige nerikanisierung der Vereinigten Elektri- itätswerke Westfalen (VEW.), des größten deutschen n kommunalen Elektrizitätskonzerns mit Vermögenswerten von t über 300 Millionen Mark, hat wie ein Alarmschuß gewirkt. s amerikanische Bankhaus Harres Forbes & Co. gibt nicht nur Kredit von 66 Millionen, den scheinbar die Deutsche Bank Diskontogesellschaft gewährt, sondern wird auch die Millionen jungen VEW.-Aktien übernehmen, d. h. 50 Prozent gesamten Aktienkapitals. Die Privatisierung erfolgt nicht für tsche, sondern für amerikanische Rechnung, nämlich Public Utilities Holding of America, die Harres Forbes ört. Herr Dr. Kehl von der DD.-Bank ist der willfährige, für deutsche DD.-Bank nur Zwischengewinne besorgende Gehilfe amerikanischen Finanz- und Elektrokapitals, dessen Ziel die trofinanzielle Durchdringung und Beherrschung Deutsch- ds ist.

Die amerikanischen und deutschen Großbanken beteiligen sich besonderer Energie an dem Geschäft, weil die Bankenverluste ch die amerikanische und die deutsche Wirtschaftskrise aus den mittlungsspesen und Kursgewinnen beim An- und Verkauf tscher Elektroaktien zum großen Teil gutgemacht werden nen. Die DD.-Bank übernimmt nämlich die VEW.-Aktien Kurs von 110 Prozent. Eine garantierte Dividende von Prozent ist bei den amerikanischen Zinsverhältnissen gut und n einen Kurs von 150 bis 160 Prozent wert. Dazu kommt die nce der zukünftigen monopolitischen Ausbeutung kommunaler industrieller Stromkäufer bei sprunghaft wachsendem Energie- arf.

Man beginnt in Deutschland einzusehen, daß der Fall VEW. eheuere grundsätzliche und volkswirtschaftliche Bedeutung hat, der Elektroausverkauf Deutschlands Geschäftsziel großer inter- onaler Bankenoperationen geworden ist und daß Deutschland auf dem Wege befindet, eine der wichtigsten Konkurrenz- ngungen im Weltmarktkampf, die Preisbildung für elektrische Energie in die Hand seines ent- feilungskräftigsten Weltmarktkonkurrenten legen, der dazu noch der Hauptkapitallieferant Deutsch- ds ist.

Diese Situation zwingt zur größten Aufmerksamkeit gegen- allen Vorgängen und Organisationen, die in der gleichen tung liegen. Harres Forbes & Co. steht mit seiner Public ities Holdung Co. als Aussaugeapparat und der Gehilfenschaft Deutschen Bank und Discontogesellschaft nicht allein. Gerade en allerletzten Tagen wurde die Bildung eines neuen erikanischen Aufsaugeapparates offenbar und jetzt für Mitteldeutschland. Diesmal ist es das te Bankhaus Amerikas und der Welt, die Chase National k, die mit ihren Tochtergesellschaften, der Chase Securities Co. der Utilities Power Light (Kraft und Licht) Co., einem der ten amerikanischen Kraftwerkkonzerne, nach Deutschland bergreift. Deutsche Gehilfen sind wieder die Deutsche nk und Diskontogesellschaft und außerdem die gemeine Deutsche Creditanstalt (Adca) Leipzig, größte sächsische Bank. Erworben werden sollen die iringer Gasgesellschaft in Leipzig, neben der auer Gasgesellschaft die größte private Gas- und Kraftgesell- t Mitteldeutschlands, mit starken öffentlichen Elektrointeressen nders um Leipzig herum und andere Elektrowerke in Sachsen.

Anfangskapital der von der Chase National Bank sowie der -Bank und der Adca für Mitteldeutschland zu gründenden inggesellschaft soll 15 Millionen Dollar betragen.

Dieses Projekt ist sehr ernst zu nehmen. Sachsen ist das tigste Verarbeitungszentrum Deutschlands mit stärkstem jenden Strombedarf. Den sächsischen Gemeinden geht es nziell durch die sächsische Rekordarbeitslosigkeit besonders cht. Die private Thüringer Gasgesellschaft, bedrängt durch die kurrenz der Dessauer Gasgesellschaft, hat zusammen mit der hr beteiligten Adca (die 1929 keine Dividende verteilen te) nur den Wunsch, die Thüringer Gasgesellschaft möglichst er an die Amerikaner zu verkaufen. Durch die reichen öffentlichen Beteiligungen öffnet die Thüringer Gas- lschaft dem amerikanischen Kapital den Weg in die sächsische mitteldeutsche Elektrowirtschaft. Da diese Kapital braucht die Städte und Gemeinden in ihrer Finanznot jeden Anleihe- il dankbar begrüßen (man denke an die verschärften Richt- n der Beratungsstelle), sind dieselben Krawatten- träge denkbar wie bei den Vereinigten Elektrizitätswerken falen. Die Thüringer Gasgesellschaft fühlt sich heute schon ständig als Beauftragter der Amerikaner. Wir wissen olut zuverlässig, daß Vorstandsmitglieder der inger Gasgesellschaft zusammen mit dem amerikanischen uftragten Stydgold neuerdings auch die west- hen bzw. hannoverschen Städte Hameln, Lüneburg, Uelzen Celle heimsuchten, um sie durch Kreditangebote für den Ver- ihrer Elektrointeressen und Kraftwerke reif zu machen. Die ropolitische Ausverkaufsgefahr in Sachsen und Mittel- chland ist also in hohem Maße akut.

Der Ernst der Gefahr wird durch folgende Tatsachen unterstrichen, die nicht mehr als Einzelfälle, sondern als der eines Systems zu werten sind: die amerikanische ternational Superpower Co. ist heute schon inter- t an den Hamburger Elektrizitätswerken und dem RWE., lanadisch-schweizerische European Electric an den Lech-Elektrizitätswerken, der Thüringer Elektrizitäts- rungs-Gesellschaft, bei Lahmeyer und am Kraftwerk Rhein- n, die belgisch-amerikanische Sofina an der ürel (damit an EW. Schlesien und der Südwest A.-G.-Berlin) an den Neckarwerken, der Züricher Elektrobank an Kraftwerken Altwürttemberg und Laufenburg sowie an der rizitäts-Lieferungsgesellschaft. Mit allen diesen Gesellschaften Elektroausverkauf Deutschlands zusammenzuarbeiten, sind die chen Großbanken ebenso bereit wie in den Fällen Westfalen, elbeutschland und Sachsen.

Reichsbund der Metallwarenindustrie und deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen

Der Reichsbund der Deutschen Metallwaren- ustrie veröffentlicht eine Darstellung des von ihm be- ten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens s deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen und die deutsche llwarenindustrie", Selbstverlag des Reichsbundes der schen Metallwarenindustrie, e. V., Berlin W. 35, Schöne- er Ufer 21), in der er die Bilanz des unsinnigen deutsch- schen Handelskrieges zieht und gegen die Art und Weise, bei uns Handelsvertragsverhandlungen geführt werden, ffte Anklage erhebt. Der Reichsbund wendet sich vor allem n das Eindringen der großindustriellen Interessenten in die elspolitischen Verhandlungen, die Sache des Staates sind. chreibt dazu: „Der Verlauf der deutsch-polnischen Verhand- en zeigte immer deutlicher, daß in der Hauptsache nur die ressen der deutschen und polnischen Landwirtschaft und der schen Schwerindustrie Berücksichtigung fänden. Eine Sonder- ung gelang es auch der deutschen Maschinen- und Elektro- strie — sie konnte durch Sonderverhandlungen in Polen be- te Zugeständnisse erreichen — zu erringen. Den Wünschen deutschen verarbeitenden Industrien wurde, wie bei allen bisherigen Verhandlungen, nicht Rechnung getragen." Wir haben diese Interessenwirtschaft von den Handelsvertragsverhandlungen schon öfter kritisiert und können den Standpunkt des Reichsbundes nur unterstreichen.

Schlimmer ist noch die vom Reichsbund gezogene Bilanz des Handelskrieges mit Polen. Es wird festgestellt, daß die Einfuhr aus Deutschland nach Polen in den letzten drei Jahren des Zollkrieges unter gewissen Schwankungen ungefähr die alte Höhe erreicht habe; der prozentuale Anteil Deutschlands an der polnischen Einfuhr sei aber erheblich gesunken, wenn sich auch seit dem Jahre 1927 wieder eine Steigerung bemerkbar mache. Bei der Annahme, daß die deutsche Einfuhr nach Polen unter normalen Verhältnissen sprunghaft in die Höhe gehen muß, wird vom Reichsbund die Behauptung aufgestellt, daß der deutsche Export nach Polen, sofern sich die Gesamteinfuhr Polens auf der alten Höhe halte, sofort um mehr als 25 Prozent steigern müsse. Das günstige Bild dieser mathematischen Prognose werde aber nach Ansicht des Reichsbundes wesentlich getrübt, wenn man die exporthemmenden Momente berücksichtige. Die zahlreichen neuen Werke, die während des Zollkrieges entstanden sind und die zum Teil für Polen neue Produktionszweige aufgenommen haben, seien größtenteils durch Zölle geschützt, die sich auch noch als ermäßigte Vertragszölle protektionistisch auswirken. In diesem Falle werde auch die deutsche Qualitätsarbeit nicht konkurrenzfähig sein, da die allgemeine Wirtschaftslage in Polen den Kunden zwingt, billige Waren zu kaufen.

Der springende Punkt ist, daß Polen durch den unsinnigen Handelskrieg gezwungen wurde, neue Produktionen zu entwickeln. Diese wirken jetzt dem deutschen Export entgegen und der Reichsbund kommt zu der Auffassung, „daß Deutschland die alten Positionen, aus denen es im Zollkrieg verdrängt worden ist, nicht vollständig zurückerobern könne". Das ist eine Bilanz, die den Leitern unserer amtlichen Wirtschaftspolitik zu denken geben muß.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gibt seine Förderung für den Monat Mai mit 8,968 Millionen Tonnen an gegenüber 8,689 Millionen Tonnen im Vormonat. Die arbeitstägliche Produktion beträgt jedoch nur 344 900 Tonnen gegenüber 362 000 Tonnen. Es ist also gegenüber dem Vormonat eine arbeitstägliche Verringerung von 4,74 Prozent eingetreten und gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres eine solche von 13,18 Prozent. Der Absatz (Koks und Briketts in Kohle umgerechnet) beträgt 5,626 Millionen Tonnen gegenüber 5,015 Millionen Tonnen im Vormonat. Das bedeutet eine Steigerung, die wohl mit den Verbilligungen auf Grund der Sommerrabatte usw. zusammenhängen dürfte, gegenüber dem Vormonat um 3,56 Prozent.

Die Hannoversche Bodenkreditbank, eine Tochtergesellschaft der Berliner Arbeiterbank, hat sich entschlossen, zum siebenprozentigen Pfandbrieftyp überzugehen. Der Einführungskurs an der Berliner Börse dürfte sehr wahrscheinlich 96,5 Prozent betragen.

Bauhütte Breslau
Stolzestraße 3/11—4/14
Telephon: Sammel-Nr. 23341
Unternehmen für Bauarbeiten aller Art einschließlich Dachdecker- und Malerarbeiten

Albert Kirchmann Tafelglashandlung und Bauglaserei
Breslau 8, Vorwerkstraße 46 Telefon Nr. 552 64 Postscheck 272 83

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15
nimmt
Spareinlagen
in jeder Höhe unter
günstigen Bedingungen
entgegen.

Bürgerliches Brauhaus Breslau A.-G.
Hubenstraße 44-48 empfiehlt Anruf 31583
ihre wohlschmeckenden und bekömmlichen Biere

R. Schubert G.m.b.H. Fernruf: 28500 u. 28501
Engros Fabrik feinster Fleisch- und Wurstwaren Detail
Spezialgeschäfte: Messergasse 25, Ecke Schmiedebrücke; Bahnbogen 21, an der Schweidnitzer Straße; Markthalle II, Gartenstraße, Stand 43-45; Markthalle I, Ritterplatz, Stand 187-189; Matthiasstraße 125, am Weißenburger Platz.

Trebnitzer Mühlenwerke
TREBNITZ i. Schles.
Fabr. reinen Roggenmehle
Spezialität: Weizen-Vollmehle

Der Schritt der Hannoverschen Bodenkredit ist grundsätzlich zu werten. Bekanntlich ist die Stagnation auf dem Baumarkt u. a. darauf zurückzuführen, daß sich weite Kreise in ihrem Bauvorhaben zurückhalten, weil sie mit einer Senkung der Pfandbriefzinsen rechnen. Man will sich also nicht mit den gegenwärtig hohen Hypothekenkosten belasten. Für die Zinssenkung kommt der Uebergang zum siebenprozentigen Typ in Frage. Dieser Forderung trägt jetzt die Hannoversche Bodenkredit Rechnung.

Die Deutsche Zündholz-Verkaufs-A.-G. weist zum ersten Male seit Jahren einen Reingewinn in Höhe von 165 000 Mark aus, wodurch sich der vorgetragene Verlust auf 190 000 Mark vermindert. Der Geschäftsbericht und die Bilanz sind sehr dürr und knapp gehalten. Die Deutsche Zündholz-Verkaufs-A.-G. wird sich schon damit abfinden müssen, daß sie ihre Publikationsmethoden als Instrument des jüngst errichteten deutschen Zündholzmonopols anders einstellt. In der Bilanz erscheint ein neuer Posten, Ausgleichskont, der 3,5 Millionen Mark ausmacht. Aus einer gewundenen Erklärung im Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß es sich hier um Summen handelt, die man in der Vergangenheit für den Aufkauf von Außenseitern benutzt hat.

Die Berliner Städtischen Gaswerke konnten ihre Gaserzeugung im verflossenen Jahre um 22,6 Millionen Kubikmeter auf 512 Millionen Kubikmeter steigern. Die starke Erhöhung erklärt sich durch Ausweitung des Versorgungsgebietes. In dem mit 1928 vergleichbaren Gebiet ist dagegen nur eine Steigerung von 1,2 Millionen Kubikmeter gegenüber 15,4 Millionen im Jahre vorher festzustellen. Die Abwanderung zur Elektrizitätsbeleuchtung konnte also nicht ausgeglichen werden.

Die Einnahmen werden mit 111 Millionen Mark gegenüber 108,9 Millionen Mark angegeben. Die Betriebskosten erhöhten sich um rund 4 Millionen auf 64,7 Millionen Mark. Der Reingewinn hat sich von 8,2 auf 2,3 Millionen Mark verringert. Wenn man die Pachtabgabe an die Stadt berücksichtigt, so stellt sich die Verzinsung des Kapitals bei den Berliner Gaswerken auf 4,6 Prozent gegen 7,3 Prozent im Vorjahre.

Das **Internationale Kupferkartell** ist zu einer neuen Preissenkung um rund ½ Cents pro englisches Pfund gezwungen worden. Damit ermäßigt sich der Preis für die europäischen Verbraucher auf 11,80 Cents. Im Laufe von einem halben Jahr ist der Preis damit von 18,30 Cents auf 11,80 Cents zurückgegangen. Die Käufer auf dem Kupfermarkt sowohl in Amerika als auch in Europa üben größte Zurückhaltung, während andererseits die Vorräte steigen.

Der Großhandelsindex in Frankreich hat sich nach den amtlichen Berechnungen von 561 im April auf 553 im Mai auf 544 im Juni gesenkt. Die Preisbaisse wird in der Hauptsache auf den Rückgang der Preise für Gemüse und Textilien zurückgeführt. Der Kleinhandelsindex für Paris ist von 586 im Mai auf 593 im Juni in die Höhe gegangen.

Die Dommitzscher Tonwerke A.G. veröffentlichen eine bemerkenswerte, wenn auch keine durchsichtige Bilanz. Man kann sie wohl am besten dahin kennzeichnen, daß nach reichlichen Abschreibungen der Reingewinn, der sich von 183 000 Mark auf 213 000 Mark steigerte, nicht weniger als 35 Prozent des Aktienkapitals ausmacht. Sieben Zwanzigstel des Stammkapitals sind also rein verdient. Die Dommitzscher Tonwerke A.G. lassen aber darüber keinen Zweifel, daß sie noch Gewinne versteckt haben. Die Verwaltung spricht nämlich von nicht unerheblichen Reserven infolge vorsichtiger Bilanzierung. Die Dividende beträgt 18 Prozent. Dazu wird bemerkt, daß man mehr hätte zahlen können. Man sei aber vorsichtig und habe davon Abstand genommen. Der nicht als Dividende ausgeschüttete Teil des Reingewinns wird vorgetragen, wodurch sich der Gewinnvortrag auf etwa 81 000 Mark erhöht. Das sind 15 Prozent des Aktienkapitals.

Vermischtes

Motorrad rast in einen Verein

Ein schweres Motorradunglück ereignete sich im Stadtteil Schwerin von Castrop-Rauxe bei Dortmund. Kurz vor der Zechenbahn der Zeche Graf Schwerin fuhr ein Motorradfahrer aus Dortmund beim Ueberholen des von einem Ausflug zurückkehrenden Knappenvereins der Zeche Erin plötzlich in die Spitze des Zuges.

Acht Personen wurden zu Boden geschleudert und zum Teil lebensgefährlich verletzt; sie mußten sofort dem Krankenhaus zugeführt werden. Ein Bergmann erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Kürtens Widerruf bedeutungslos

Die Düsseldorfer Justizpressestelle teilt zu den Meldungen mehrerer Berliner Zeitungen, daß der Massenmörder Kürten seine Geständnisse widerrufen habe, folgendes mit:

Die von der Kriminalpolizei im Ermittlungsverfahren geleisteten Arbeiten sind in hervorragendem Maße der Aufklärung dienlich gewesen und haben Kürten schwer belastet. Eine Abschwächung dieses Tatverdachts ist im Laufe der gerichtlichen Voruntersuchung nicht eingetreten. Umgekehrt haben vielmehr die weiteren Auslassungen des Kürten um die Ermittlungen zweier Beweistatsachen diesen Tatverdacht noch verstärkt.

Von einer Stockung im planmäßigen Verlauf der Voruntersuchung kann keine Rede sein. Die darüber in der Presse verbreiteten Nachrichten sind unzutreffend. Eine weitere Stellungnahme zu den bisherigen Ergebnissen der Voruntersuchung ist zurzeit aus strafprozessualen Gründen nicht möglich. Um den Gerüchten über die Behandlung des Kürten in der Untersuchungshaft entgegenzutreten, wird mitgeteilt, daß Kürten wie jeder andere Untersuchungsgefangene behandelt wird.

Selbst dem Staatsanwalt ist es zuviel

Berufungen gegen das Cuvellier-Urteil

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der französische Sportsmann Cuvellier gegen das Urteil des Amtsgerichts in Zeitz, das ihn wegen seiner Abwehr nationalsozialistischer Pöbeleien zu Gefängnis verurteilte, Berufung eingelegt. Auch der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Naumburg a. d. Saale hat Berufung angemeldet, um zum Ausdruck zu bringen, daß auch er eine erneute Nachprüfung des Sachverhalts, insbesondere der zugunsten des Angeklagten sprechenden Umstände, für angezeigt erachtet.

Der verschmähte Liebhaber

Liebestragödie bei München

In Pasing bei München hat der 51 (!!) Jahre alte verheiratete Privatheger Joseph Berger seine Geliebte, die 38 Jahre alte Taglöhnersfrau Magdalena Cremer im Hause ihrer Schwester durch einen Schuß aus seinem Revolver getötet und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt. Die Cremer wollte das Liebesverhältnis lösen, was Berger zu der Verzweiflungstat veranlaßte.

Das Kindersterben in Lübeck

Von den mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten und erkrankten Lübecker Säuglingen sind seit Sonnabend wieder zwei gestorben, so daß sich die Gesamtzahl der Opfer nunmehr auf 62 erhöht hat. Krank sind noch 62, gebessert 73, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung 50 Kinder.

Noch 44 sind im Schacht

Schwierige Bergungsarbeiten

Neurode, 15. Juli, 9 Uhr vorm. (Telephon. Bericht.)

Die **Bergungsarbeiten** auf der Sohle 3 des Kurtschachtes sind seit Sonntag nur wenig vorwärtsgekommen. Es ist zwar nicht, wie phantasievolle Reporter zu melden wissen, Wasser eingebrochen, dafür aber infolge Bruches das Hangende mehrfach eingestürzt und der **Bergdruck so stark**, daß außerordentlich angestrengte Sicherungsarbeiten, vor allem vollständiger Neuausbau der Strecke, auf der die Rettungsmannschaften vordringen, nötig sind, um die Mannschaft nicht zu gefährden. **Geborgen** wurden in der Nacht zu Montag noch drei, am Montag selbst noch ein Verunglückter. Die Leichen wurden erst in der Nacht zu heute über Tage gebracht, da man bestrebt ist, Aufsehen zu vermeiden. Bis in den Unglücksflöz ist man noch nicht vorgedrungen; es läßt sich daher über die **Ursache** der Explosion außer Vermutungen noch nichts sagen.

Gestern fuhr der Berghauptmann Fischer mit Vertretern des Ministeriums in die Grube ein. Ueber die zur Rettung und Untersuchung vorgenommenen Maßnahmen herrscht nach offizieller Mitteilung Uebereinstimmung zwischen Bergbehörde, Betriebsleitung und Betriebsrat. Infolge des grauenvollen Arbeitens — die Mannschaften werden **wegen der bereits in Verwesung übergehenden Leichen mit Chorkalk versehen** — hält es sehr schwer, die **Rettungskolonnen zusammenzuhalten**. Die Grube dementiert dies zwar. Die Bergleute aus den Rettungskolonnen bestätigen uns jedoch, daß die Toten schon in Verwesung übergehen. Demnach ist [illegible], die bekanntlich [illegible], nicht mehr im Schacht. Die Rettungsarbeiter müssen während der Arbeit besonders verpflegt werden, um sich aufrecht erhalten zu können.

„Die Rettungskolonnen des Grubenkapital"

Eine phantasievolle Erzählung verfaßt von Herrn Wollweber, M. d. L., Breslau

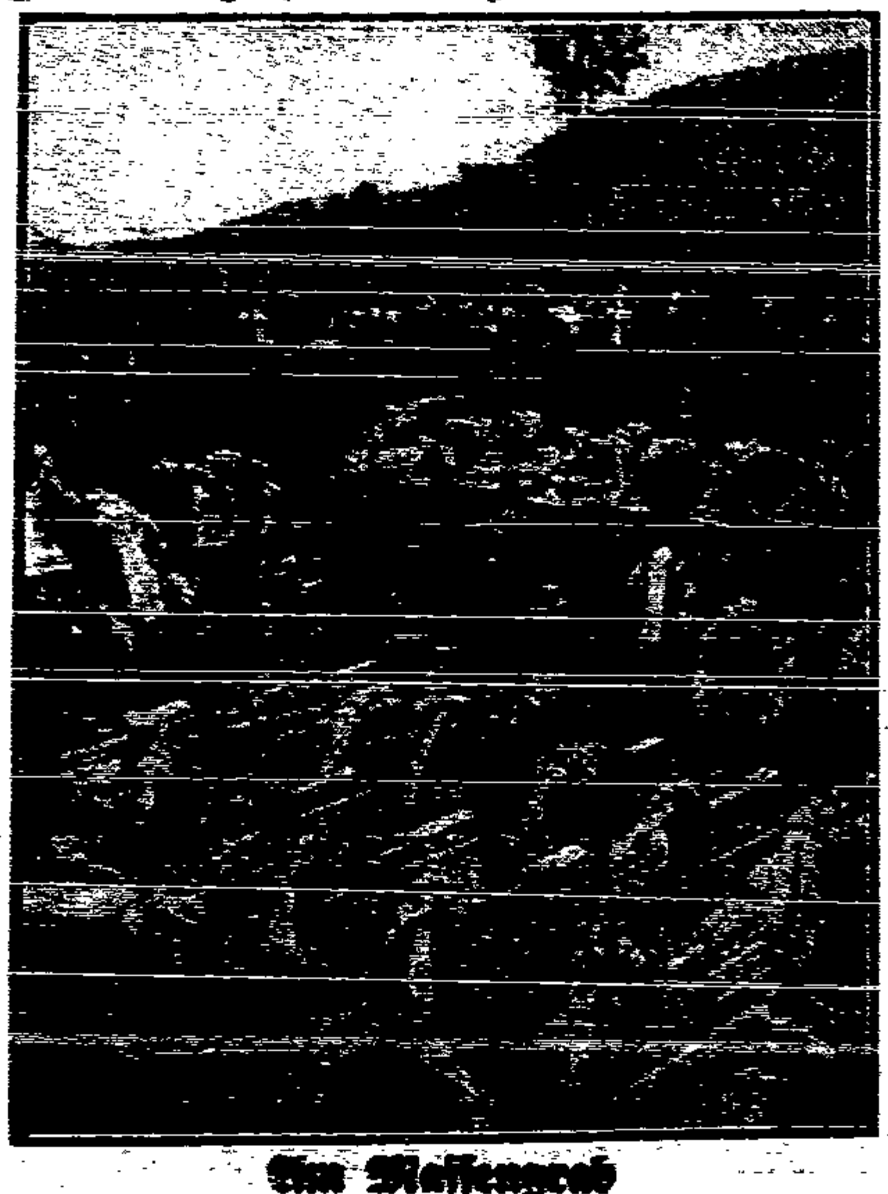
Unter der schönen Ueberschrift „Rettungskolonnen des Grubenkapital" schreibt der aus dem Provinziallandtag anläßlich seiner Sowohl-als-auch-Rede gegen Nazi und Sozialdemokratie rühmlichst bekannte Abgeordnete — er legt auf seine parlamentarische Dienstbezeichnung offenbar großen Wert, denn das M. d. L. ist am Kopfe dieses Artikels nicht zu übersehen — Wollweber allerhand stimmungsvolle Dinge aus Hausdorf. Es heißt da u. a.:

> Gegenüber dem Unglücksschacht in Hausdorf, in dem Dorfgasthaus „Zur Friedenseiche", haben sich die Pressevertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen einquartiert. Zuerst waren sie sich doch nicht ganz einig, jeder versuchte die „neueste Meldung" gerade für seine Zeitung zu bekommen. In schwieriger Konkurrenz wollte ein jeder zuerst seinem Blatt die Meinung der Grubenverwaltung mitteilen. Am ersten Tage des Grubenunglücks war noch ein kleiner Kampf der Pressevertreter um den einzigen Telephonapparat. Dann haben sich die Herren Vertreter der großen Presse geeinigt, haben ihre „Feststellungen" gegenseitig verglichen und „ergänzt". Dabei haben sie dann eine Flasche Wein getrunken. Die Schwindelmeldungen der bürgerlichen Presse über das furchtbare Unglück wurden dadurch immer einheitlicher.

Schade, daß Wollweber, der sich ja des einzigen Telephonapparates ebenso eifrig bediente, um Flugblätter — „ganz gleich welche" — anzufordern, Autos zu bestellen und so die Hausdorfer Hinterbliebenen mit zwar angefeuerten, aber dafür generallinientreuen KPD.-Provinat ausreichend zu versorgen, nicht nähere Angaben über die Weinbezugsquelle in der „Friedenseiche" machte — er würde sonst bei seinem nächsten Besuch dort sicherlich zu einem Glase mit eingeladen werden. Weniger phantasiebegabte Menschen haben allerdings alle Mühe gehabt, in dieser Kumpelkneipe, die natürlich auf den unerwarteten Zudrang nicht vorbereitet war, ein kaffeeähnliches Getränk und etwas rationierte Lebensmittel zu bekommen.

Was nun die kollegiale Information der Pressevertreter betrifft, so hat sich der Herr Vertreter der für Herrn Abgeordneten Wollweber sicherlich maßgebenden „Roten Fahne" durchaus nicht geweigert, daran zu partizipieren, wenn er auch in weiser Selbsterkenntnis einmal einem anderen Journalisten gegenüber bemerkte, eine objektive Auskunft sei er nicht imstande zu geben.

Zweck dieser wüsten Hetze, die im Hausdorfer Gebiet durch entsprechende, inzwischen den Zeitereignissen angepaßte Flugblätter weiter betrieben wird, ist selbstverständlich, die „Sozialfaschisten zu überführen", daß sie die **Ursachen der Katastrophe** im Interesse der Grubenbarone übergehen wollten, obwohl auch Herr Wollweber sich darüber klar sein dürfte, daß vor den entsprechenden Feststellungen im Unglücksflöz über die Ursache nichts gesagt werden kann, daß gegen das System und die Arbeitsbedingungen Sozialfaschisten aber schon lange Stellung genommen haben, bevor tüchtige Geschäftsreisende der Firma „Gewerkschaftszerstörung" die Leichen der Verunglückten zur Hetze gegen Arbeiterorganisationen benutzten.



Am Massengrab
Aufnahme von der Trauerfeier am Sonntag
Die Särge am Rande des Grabes sind die der Auswärtigen, die nach der Feier in die Heimatorte überführt wurden.

Protest gegen die Diktatur in Polnisch-Schlesien

Dieser Tage fand in Kattowitz eine von 1500 Menschen besuchte sozialistische Protestversammlung statt. Die Einberufung erfolgte von den sozialistischen Parteiorganisationen beider Zungen und der sozialistischen Sejmfraktion. In der Versammlung sprachen die Genossen Caspari (PPS.) und Glücksmann (DSAP.). Beide Redner referierten über die politische und wirtschaftliche Lage in der Wojewodschaft Schlesien und beleuchteten die Regierungspolitik. Den größten Nachdruck legten sie in ihren Referaten auf die Tatsache der Bereitwilligkeit und Arbeitsfähigkeit des schlesischen Sejms, der notleidenden Bevölkerung in der Wojewodschaft zu helfen. Der Sejm wurde an dieser Arbeit durch die unrechtmäßige Vertagung gehindert. So fordert der deutsche Sozialist Glücksmann, der von den Deutschbürgerlichen ob seines „Verrats" am Deutschtum, wegen seiner Stimmabgabe für den polnischen sozialistischen Vertreter im Wojewodschaftsrat angegriffen wird, von der Sanacja, „daß sie doch die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise zumachen soll", wenn sie den Sejm geschlossen hat.

Die Versammlung billigte das Vorgehen der sozialistischen Fraktion im Sejm. Sie war ohne Zweifel ein Erfolg der Sozialdemokraten in ihrem Kampf um die Demokratie in der Wojewodschaft. Das konnte die „Polonia" und ihr geistiger Vater, Korfanty nicht vertragen, denn Korfanty will als Vorkämpfer der Demokratie in der Wojewodschaft nur sich gelten lassen. So muß die „Polonia" von einer Versammlung von 200 Menschen berichten, trotzdem ihr Berichterstatter lange vor Beginn der Versammlung schon 800 geschätzt hatte. Ja, Korfanty und seine Mannen sind eben eigenartige Demokraten; auf der einen Seite kämpfen sie wie die Löwen für die Demokratie und gegen die eigenen Diktatoren, auf der anderen besingen sie in den höchsten Tönen die fremden Faschisten; Mussolini und neuerdings auch den neuen Stern am faschistischen Himmel den Finen Kolosa und sein „Sappo."

* * *

Am Donerstag hat unter dem Vorsitz des Sejmmarschalls Wolny (Korfantyblock) eine **Sitzung der Fraktionsführer** des schlesischen Sejms stattgefunden, in der beschlossen wurde, daß zwecks Besprechung der Einbrufung einer außerordentlichen Sejmsitzung die einzelnen Fraktionen beraten sollen. Nächste Woche sollen die Fraktionsführer nochmals zusammentreten, um über die Stellungnahme der Fraktionen zu dieser Frage zu berichten. Es soll eine starke Neigung zur Einberufung einer außerordentlichen Sejmsession vorhanden sein.

Unglück am Bahnübergang

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich an dem Bahnübergang auf der Chaussee Bunzlau—Krauschen. Ein Motorradfahrer fuhr mit aller Gewalt gegen eine die Ueberführung passierende Lokomotive. Der Anprall war so heftig, daß der Benzinbehälter des Motorrades explodierte. Der Führer, dessen Kleider Feuer fingen, wurde vom Sitz geschleudert und schwer verletzt. Er wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert. Sein Mitfahrer erlitt ebenfalls schwere Verletzungen. Die Personalien konnten nicht festgestellt werden, da die Papiere der Verunglückten mit verbrannt sind.

Frauen und Mädchen!

Heraus

zum Mittelschlesischen Sozialistischen Frauentag am 7. September.
Nur unter restloser Beteiligung aller Frauen an diesem Tage ist ein gutes Gelingen des Frauentages möglich!
Werbt täglich und stündlich für dieses Treffen!

Um die Neuroder Kreistagswahl

Bei den Kommunalwahlen im letzten Herbst sind in der großen Bergarbeitergemeinde **Ludwigsdorf** im Kreise Neurode Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Nicht strafbare Unregelmäßigkeiten, sondern der Gemeindevorsteher hatte zwischen dem Termin der Auslegung und der Wahl neue Wählerlisten anfertigen lassen, die nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entsprachen. Beispielsweise waren einzelne Namen ausgelassen, so daß elf langjährige Gemeindeeinwohner nicht wählen durften. Als Folge ergaben sich Beanstandungen und verschiedene Streitverfahren vor dem Bezirksausschuß in Breslau. Die Genossen Felix Wolf, Josef Opitz und Artur Cawalla aus Neurode bzw. aus Ludwigsdorf klagten gegen den Kreistag, der die Wahl in Ludwigsdorf für gültig erklärt hatte (im Gegensatz zum Kreisausschuß, der die Wahlen zur Gemeindevertretung für ungültig befand). Die Beweisaufnahme war schon wesentlich früher erfolgt und zwar an Ort und Stelle. Dabei hatte sich ergeben, daß die erwähnten Unregelmäßigkeiten tatsächlich aufgetreten sind. Also lag der Fall denkbar einfach, und es mußte eigentlich von vornherein feststehen, daß der Bezirksausschuß der Klage entsprechen würde.

Doch bisweilen irrt sich der Mensch. Der Bezirksausschuß überlegte sich die Sache anders, um schließlich eine wunderbare Tiefsinnigkeit zutage zu fördern. Sein weiser Ratschluß lautete dahin, daß die Beklagten (das wäre die Kreistagsmehrheit) erst einmal den Nachweis führen sollen, ob denn diese Unregelmäßigkeiten überhaupt auf das Wahlergebnis eingewirkt haben.

Keine leichte Aufgabe für den Kreistag. Er wird nun die Ludwigsdorfer Gemeindemitglieder auf Herz und Nieren prüfen müssen, wie, welche Partei sie gewählt haben würden, wenn... um ein anderes Ergebnis herbeizuführen. Schlauer konnte es der Bezirksausschuß wirklich nicht anfangen, um einer Klärung des Sachverhalts aus dem Wege zu gehen. Aber des Rätsels Lösung ist einfach! Das Verfahren hat nämlich einen politischen Hintergrund. Der Sozialdemokratie fehlen am 11. Kreistagsmandat und damit an der Hälfte der Sitze im Kreisausschuß nur 9 Stimmen. Käme also eine Neuwahl in Ludwigsdorf zustande, so könnte sich das politische Gesicht des Neuroder Kreises unter Umständen gründlich ändern. Und das möchte die gegenwärtige bürgerliche Mehrheit, dessen Spiel der Bezirksausschuß in diesem Falle — nur objektiv gesehen, nicht etwa subjektiv! — getrieben hat, gewiß gern verhindern.

Es ist nur schade, daß es noch keine Röntgenapparate gibt, mit denen man die politische Gesinnung der Staatsbürger durchleuchten kann. Der Neuroder Kreistag könnte solche Apparate für seine Ludwigsdorfer Patienten sicherlich jetzt gut verwenden.

Glogau. Die Oderregulierung. Die Glogauer Oderregulierung erleidet eine Verzögerung. Wie Oberbürgermeister Dr. Hasse in der Stadtverordnetenversammlung mitteilte, hat der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß es der Verkehrsminister für unmöglich erklärt hat, daß schon in diesem Jahre mit dem Durchstich der Oder bei Glogau begonnen werden könne.

Hirschberg. Doppelselbstmord. Am Ufer des Großen Teiches fanden Breslauer Touristen eine Flaschenpost mit einem Zettel folgenden Inhalts: „Die letzten Briefe von zwei Lebensmüden aus Mährisch-Schömberg, 2. 7. 30." Bei einer Durchsuchung des Geländes am Großen Teich und vom Grat zwischen den beiden Teichen bis zum Donatdenkmal wurden noch keine Spuren gefunden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die beiden Lebensmüden noch im Großen Teich ruhen oder in dem fast undurchdringlichen Knieholzgebüsch am Großen Teich. Inzwischen wurde in Mährisch-Schömberg rückgefragt, ob dort zwei Personen vermißt werden.

Hirschberg. Verirrte Jugend. Seit einigen Wochen wurde der 17jährige Pflegesohn eines Stellenbesitzers in Sto[illegible]dorf vermißt. Er hatte sich bei seinem Arbeitgeber Veruntreuungen zuschulden kommen lassen und Verwandten Geld gestohlen. Nun wurde er in Berlin von der Polizei aufgegriffen.

Strehlen. Felder in Flammen. Durch unvorsichtiges Hantieren mit Streichhölzern geriet das Gras eines Straßengrabens in Brand. Das Feuer griff auf einen Roggenschlag des Dominiums Jätzdorff über. Etwa 20 Morgen Roggen fielen den Flammen zum Opfer.

Beuthen. Ein Ebertgedenkstein. Bei den Ausschachtungsarbeiten zu den Reichsbauten auf der [illegible] wurde ein Findling sehr großen Umfangs freigelegt. Der Stein, der ein Gewicht von 60 bis 70 Zentnern hat, wurde am Mittwoch nach der Friedrich-Ebert-Wiese transportiert und wird dort mit einer Plakette des verstorbenen Reichspräsidenten seine Aufstellung finden.

Aus der Umgebung

Noch einmal: Ausgesteuerten-Not in Kanth

Man schreibt uns aus Kanth: In unserem Orte muß ein Ausgesteuerter wirklich mit Glücksgütern gesegnet sein, um nicht zu verhungern oder stehlen gehen zu müssen. Erhält da ein Ausgesteuerter, der einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung gestellt hatte, einen Schreibebrief folgenden Inhaltes:

Magistrat der Stadt Kanth
Tgb.-Nr. . . .

Kanth, den 11. Juli 1930.

Sie werden hiermit benachrichtigt, daß Sie vom 26. Mai dieses Jahres ab monatlich 34 Mark Wohlfahrtsunterstützung erhalten.

gez. Hofferek.

Beglaubigt: Rupprecht, Oberstadtsekretär.

Wenn man bedenkt, daß der Antrag am 17. Mai gestellt wurde, da fragt man sich, wovon hat der Antragsteller in den dazwischen liegenden acht Wochen gelebt?

Hakenkreuz am Bahnschalter

Ein Leser schreibt uns: Als ich am 13. Juli, gegen 21 Uhr, vom Bahnhof Schönbankwitz nach Breslau fuhr, sah ich in dem Dienstraum des Bahnhofs einen jungen Mann, in braunem Hemd mit dem Hakenkreuz geschmückt, herumlaufen. Als der so geschmückte Jüngling anfing, Fahrkarten zu verkaufen, frug ich, wieso der Hakenkreuzler Fahrkarten verkauft. Da türmte er und der Stationsvorsteher verkaufte, ohne auf den Vorfall näher einzugehen, weiter. Dem Aussehen nach war es der Sohn des Stationsvorstehers. Vielleicht bekümmert sich die Reichsbahndirektion einmal um diesen Dienstbetrieb. Es könnte sonst zu Störungen des Fahrkartenverkaufs in Schönbankwitz kommen.

Brockau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 6. Juli bis 12. Juli wurden folgende strafbare Handlungen zur Anzeige gebracht: Uebertretungen: Radfahrverkehr [illegible], Fuhrwerksverkehr 1, wegen Abpflücken von Lindeblüte ohne Genehmigung 1.

Meleschwitz. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land Nordost veranstaltete am Sonnabend abend eine öffentliche Versammlung, die von fast 150 Personen besucht war. Sämtliche Ortsgruppen der Arbeitsgemeinschaft waren vertreten. Die Versammlung wurde mit dem gemeinsamen Gesang des Proletarierliedes eröffnet. Dann begrüßte Genosse Dr. Korn-Steine die Versammlung und gab der Freude der Arbeitsgemeinschaft Ausdruck, den Referenten Genossen Bürgermeister Mache aus Breslau begrüßen zu dürfen. Genosse Mache hielt ein glänzendes eineinhalbstündiges Referat über „Die Gegenwart und die Zukunft des deutschen Proletariats", würdigte kurz die Fortschritte, die unsere Partei trotz schwierigster Verhältnisse erkämpfte. Er kritisierte in scharfer, ironisch-humoristischer Weise, aber mit strenger Sachlichkeit die unheilvollen Taten und Absichten der jetzigen bürgerlichen Regierung und endete mit einem hinreißenden Appell an die Arbeiterschaft, es sollten sich endlich alle Menschen, die von und durch ihre Arbeit leben, die Hände reichen und sich vereinigen in einer starken Sozialdemokratischen Partei. Starker Beifall lohnte seine vorzüglichen Ausführungen. Genosse Dr. Korn unterstrich in kurzem Schlußwort die Ausführungen des Genossen Mache und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Partei. Nach dem gemeinsamen Gesang der Internationale ging die harmonisch verlaufene Versammlung ruhig auseinander, ohne daß einer der zahlreichen anwesenden bürgerlichen Gegner das Wort ergriffen hätte.

Groß-Heidau. Oeffentliche Versammlung der Partei. Am Sonnabend fand hier im Lokal Gastwirt Gei[illegible] eine öffentliche Versammlung statt, die trotz der Erntezeit gut besucht war. Genosse Geppert als Vorsitzender eröffnete selbige und erteilte Genossen Linke-Tschansch das Wort zu dem Thema „Unser Kampf gegen wirtschaftlichen und faschistischen Terror". Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand nicht statt, denn die sonst so laut schreienden „Nazis" hatten es diesmal vorgezogen, nicht zu erscheinen. Eine am nächsten Tage vorgenommene Agitation hatte den Erfolg von etlichen Mitgliedern für die SPD. und Lesern der Presse.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–17[illegible]
Telephon 59060, 59061
Geöffnet von 8–13 und 16–19 Uhr

Achtung, Erwerbslose von Kanth!

Mittwoch, den 16. Juli, findet in Kanth im Lokal „Schwarzer Adler", eine öffentliche Erwerbslosen-Versammlung, vormittags 10 Uhr, statt. Redner Bezirksparteisekretär Brettforst-Breslau. Wir erwarten guten Besuch.

Marschwitz. Donnerstag, den 17. Juli, findet hier eine öffentliche Erwerbslosen-Versammlung im Lokal Fleck statt. Redner: A. Linke-Breslau. Anfang: 10 Uhr.

Kanthe. Donnerstag, 17. Juli, 20 Uhr, bei Pache, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Apfelstae[illegible]

Revolte im Erziehungshaus

liche Fürsorgezöglinge stecken aus Verzweiflung eine Prügel- lt in Brand — Lampel weit von der Wirklichkeit übertroffen

Bühnenwerk „Revolte im Erziehungshaus" von Peter Lampel hat bei den Muckern aller Schattierungen großes n ausgelöst. Sie erklären einfach die Zustände, die zum Gegenstand seines Werkes gemacht hatte, als gen. Für sie existiert der Freiheitsdrang jener unglück- gendlichen, die ein böses Spiel des Schicksals in die sheime brachte, nicht, wie überhaupt alles, was mit der Erziehungsarbeit zusammenhängt, für sie kein n Diskutieren ist. Die Wirklichkeit redet aber eine Sprache. In unzähligen Fällen konnte schon nach- werden, daß die „Erziehungs"arbeit in den Erziehungs- die davon betroffenen jungen Menschen noch weiter und zutreibt.

erkannte man aus dem Verlauf einer **Verhandlung Schwurgericht Zwickau.** Angeklagt waren drei ehemalige Fürsorgezöglinge, die vor acht Jahren die Erziehungs- schocken durch Brandstiftung vollkommen einäscherten. armen Mädchen zu dieser Tat bewog, ist ihnen heute, Jahren, noch sehr gut in Erinnerung. Tief hat sich in all das eingetragen, was sie während dieser Zeit, in ch eigentlich zu brauchbaren Menschen erzogen werden dulden und erleiden mußten. Haß funkelte ihnen aus , als sie dem Gericht erzählten, daß sie bei jeder t

unbarmherzig geschlagen

nd daß sie keinen anderen Ausweg wußten, von der egzukommen, als „die Bude in die Luft zu brennen". Worten sprach **keine Reue,** aber desto schmerzerfüllter sie über ihre Leidenszeit.

ba, Helene und Else hießen die Mädchen, die auf der nk saßen und dem Gericht vor dem fast überfüllten al ihre Leiden schilderten. Helene, die jetzt alt und verheiratet ist, wurde 1920, sechzehnjährig, in t eingeliefert. Ihr Vater war im Kriege gefallen und utter kümmerte sich nicht viel um sie. Der 25jährigen erging es nicht anders. Das traurigste Los war aber hre alten Else beschieden. Als uneheliches Kind, das er niemals kannte, wurde sie von den Großeltern auf- Durch die Schikane eines Hauswirtes, der keine Kinder nte, mußten die Großeltern das Kind wegschaffen. Bei r, von der das Kind ganz entfremdet war, ging es nicht o so wurde Else

mit 13 Jahren in die Erziehungsanstalt

t. Weinend erzählte Else, daß ihre Mutter immer en sei und sie sich selbst überlassen war.

für eine trübselige Kindheit müssen diese Mädchen cht haben und in wieviel Fällen werden sie sich nach nden Hand gesehnt haben? Die Gesellschaft brach über Stab; als „sittlich verwahrlost" wurden sie in die anstalt gesteckt. Wie sie dort erzogen wurden, davon Vernehmung ein trefflliches Bild. Helene, die ste unter ihnen, begann ihre Vernehmung mit den

Wie ein Stück Vieh

ir geschlagen." Als sie einmal drohte, sie würde aus- nn sie nicht von der Arbeit im Kuhstall befreit würde, vom Direktor Leistner, nachdem sie das verlangte n, nicht auszureißen, nicht gegeben hatte, **an den zogen, geschlagen und in Arrest** gebracht. Die Schwester gabe bei jeder Kleinigkeit mit Gegenständen, die sie den Händen hatte, unbarmherzig zugeschlagen. Wenn Mädchen vor Hunger eine Kartoffel oder ein Stück genommen habe, seien alle mit Essenentzug und traft worden. Auf die Frage des Verteidigers gab Mädchen an, daß sich sogar einmal ein Mädel

in der Arrestzelle erhängt

l der Direktor trotz großer Bitten die Strafe nicht habe. Den letzten Anstoß zur Brandstiftung gab ein er sich am Tage zuvor abgespielt hatte. Else, und Helene waren beauftragt, Bohnen einzu- Die Mädchen vergaßen diesen Auftrag, und aus Angst haben sie am Morgen darauf kaltes Wasser über die egossen. Schwester Emma **verprügelte daraufhin die ieder; eine sogar zog sie in den Hausflur und riß ihr r vom Leibe.**

Abend besprachen alle drei ihre Lage und kamen zu ssung, daß es so nicht mehr weitergehen könne. Da m Ausreißen wieder Prügel und Arrest standen, sie, „die Bude in die Luft zu brennen". Am nächsten führten sie den Plan aus. In einigen Minuten stand Haus in Flammen; es brannte bis auf die Grund- eder. Bei der Rettung des Inventars — so erzählten en — hätten sie Töpfe voll Fett

vollständig vermodert

obwohl sie immer sehr knapp gehalten worden seien. lassen der Anstalt sind nach dem Brande im Bezirks- esenburg untergebracht worden. Dort ging der er Else und der Helene ihr sehnlichster Wunsch in sie wurden entlassen. Sie, die in den Akten des heimes als gänzlich verwahrlost geschildert werden, seit dieser Zeit bis heute nichts zuschulden kommen b das auch so gekommen wäre, wenn sie noch länger Knute der Schwester Emma gestanden hätten, ist sehr, ch.

Direktor der Anstalt Zschocken, ehemaliger Lehrer Anstalt Bräunsdorf, Gustav Leistner, konnte sich s mehr besinnen". Auf die Vorhalte der Angeklagen erichts mußte er aber zugeben, „daß Züchtigungen vor- seien"; aber natürlich niemals ohne Grund, setzte er chwester Emma sei etwas nervös und überarbeitet Den Vorfall mit dem Mädchen, das sich erhängt hat, er so, als ob das nur ein „Schreckschuß" gewesen sei. gen der angeklagten Mädchen konnte der Herr Direktor

nicht entkräften.

chen habe — so sagte der Direktor — gewerbsmäßige ettrieben und dafür sei es bestraft worden. Sonst er das Leben der Zöglinge in den rosigsten Farben; eren sei Schwester Emma mit den Mädchen gegangen. ten diese Ausgänge eingestellt werden müssen, da die frech und dreist geworden seien. Sie hätten jeden ungesetzt, und darüber habe sich Schwester Emma

Herr Direktor gab dann im Verlauf seiner weiteren ng zu, daß in der Anstalt nichts getan wurde, was der dieser „gefallenen" Mädchen vorteilhaft gewesen wäre. chen mußten alle vorkommenden Arbeiten ausführen chen, das war alles. „Wenn einmal abends noch etwas erden sollte,

dann gab es eben Revolten,

so sagte er wörtlich. Diesen Revolten folgten natürlich wieder empfindliche Strafen, so daß es überhaupt nicht ruhig wurde. Auf Vorhalt mußte er auch noch erklären, daß sehr viel Entweichungen vorgekommen sind.

Vor die Zeugenbank trat eine kleine 54jährige Frau, die ihre einstmaligen Pflegebefohlenen keines Blickes würdigte. In tonlosen Worten gab sie dem Gericht Auskunft. Kein Wort sagte sie zuviel, alles ließ sie sich abkaufen. Selbst als ihr die ungeheuerlichen Prügelszenen vorgehalten wurden, behielt ihre Stimme den monotonen Klang. Auf Einzelheiten konnte sie sich ebenfalls nicht mehr besinnen; sie gab aber zu, den erwachsenen Mädchen ab und zu

einen „kleinen Klaps"

gegeben zu haben. Und dann beschwor sie ihre Aussage: „So wahr mir Gott helfe!". Ob sich in ihr nichts regte, das sie hätte bestimmen können, vor die Mädchen hinzutreten und sie zu bitten, ihr all das, was sie an ihnen gesündigt habe, zu vergeben? Denn sie war es doch, die die drei Mädels zu dieser unglückseligen Tat antrieb, die ihnen, anstatt Halt und Stütze zu sein, Bitternis und Leiden bereitete.

Nach Schluß der Beweisaufnahme hatten die drei Mädchen die Sympathie aller, die im Saale anwesend waren.

Selbst der Staatsanwalt

stand unter dem Eindruck des Gehörten. Er beantragte, obwohl das Gesetz 7½ Jahre Gefängnis zuläßt, nicht viel mehr als die Mindeststrafe. Das Schwurgericht warf, unter Berücksichtigung des Jugendgerichtsgesetzes, für jedes der drei Mädchen ein Jahr Gefängnis — die Mindeststrafe — aus, trug aber den Beweggründen zur Tat im weitesten Maße Rechnung und gewährte den Verurteilten fünf Jahre Strafaufschub. Daß den Mädchen nach dieser Zeit die Strafe erlassen wird, darum war es wohl keinem bange, nachdem feststeht, daß sich keines der Mädchen, seitdem es der Freiheit wiedergegeben ist, irgendwie strafbar gemacht hat.

Wir aber klagen an das System und die Menschen, die es zulassen und billigen, daß junge Menschenkinder, die die Ungerechtigkeit des Lebens aus dem Gleis geworfen haben, in sogenannten Erziehungsanstalten zu Schädlingen der menschlichen Gesellschaft erzogen werden. Für die Beseitigung dieses Systems wollen wir alle Kräfte einsetzen. Lerouge.

Munitionsfabrik fliegt in die Luft

300 Menschen verunglückt

In dem türkischen Kriegshafen Ismid flog infolge einer Explosion die Munitionsfabrik Derindsche in die Luft.

Die genaue Zahl der bei der Explosion der großen türkischen Munitionsfabrik Derindsche umgekommenen Menschen konnte bisher noch nicht festgestellt werden, da die türkischen Militärbehörden jede Auskunft verweigern. Die Fabrik, in der schwere Artilleriemunition hergestellt wurde, flog frühmorgens gegen 6 Uhr aus noch nicht aufgeklärten Gründen plötzlich in die Luft. Den ganzen Tag über folgten in den der Fabrik benachbarten großen Munitionslagern eine Explosion der anderen. Andauernd entfuhren den brennenden Lagerschuppen schwere Granaten und schlugen zu beiden Seiten der kilometerweit von der Fabrik entfernt laufenden Strecke der anatolischen Eisenbahn, auf der die Züge den ganzen Tag nicht verkehren konnten, ein. Erst gegen Einbruch der Nacht konnte der Brand gelöscht werden. Es heißt, daß mit der Fabrik rund **300 Menschen in die Luft geflogen und umgekommen** sind.

Derindsche ist ein kleiner Ort an der Nordküste des langen und engen Golfes von Ismid, südlich von Istanbul. Im Grunde der Bucht befindet sich der Kriegshafen Ismid. Das ganze Gebiet um die Bucht bildet eine sogenannte „Militärzone" und ist Privatpersonen nicht zugänglich. Eine ähnliche „Militärzone" auch „verbotene Zone" genannt, befindet sich westlich von Instanbul entlang, in aus dem türkisch-bulgarischen Kriege von 1912/13 bekannten Tschataldschalinien und darf nicht einmal von den regelmäßig nach Instanbul verkehrenden Fluglinien überquert werden. Beide Militärzonen wurden zum Schutze Instanbuls eingerichtet, nachdem durch den Lausanner Vertrag die Meerengen entfestigt und demilitarisiert worden sind.

Tod in den Bergen

Vom „Totenkirchl" am Wilden Kaiser im bayrisch-österreichischen Grenzgebiet stürzten der Buchdruckerlehrling Otto Schwarz und der Mechaniker Hermann Lindner aus Rosenheim ab und waren auf der Stelle tot. Die Leichen wurden nach Kufstein gebracht.

Das Lübecker Kindersterben

Zwei Berichte des Lübecker Wohlfahrtsausschusses

Der mit der Untersuchung des Kindersterbens beauftragte **Ausschuß für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege** der Lübecker Bürgerschaft (Stadt- und Landesparlament) hat nunmehr seinen Untersuchungsbericht vorgelegt. Da eine Uebereinstimmung über einen einheitlichen Bericht innerhalb des Ausschusses sich nicht erzielen ließ, gliedert sich der Untersuchungsbericht in zwei Teile, und zwar in einen Bericht der Mehrheit und einen Bericht der Minderheit.

In dem **Bericht der Mehrheit** wird einleitend festgestellt, daß bei der Einführung des Calmetteverfahrens in Lübeck der Warnung des Reichsgesundheitsamtes in keiner Weise Beachtung geschenkt wurde. Die tief schmerzliche Erfahrung, die Lübeck machen mußte, sollte ein Hinweis auf die Notwendigkeit sein, die Zuständigkeit des Reichsgesundheitsamtes dahin zu erweitern, daß es bei Einführung von neuen medizinischen Methoden von großer Bedeutung das entscheidende Wort hat und auch berechtigt sein muß, zwingende Vorschriften über die technische Durchführung des Verfahrens zu erlassen. Im einzelnen legte der Ausschuß in seiner Mehrheit Obermedizinalrat Dr. Altstädt u. a. zur Last, daß er seinerseits das Reichsgesundheitsamt weder von der beabsichtigten allgemeinen Einführung des Calmetteverfahrens benachrichtigte, noch an dieser höchst sachverständigen Stelle Erkundigungen über den Verlauf der dortseits angeordneten experimentellen Prüfung einholte, daß er am 26. April von dem eingetretenen Unglück benachrichtigt, zwei tagelang sich nicht im mindesten um die Angelegenheit kümmerte, den bereits an Hebammen **ausgegebenen** und noch nicht verfütterten Impfstoff **nicht zurückzog,** den Chef der Behörde erst auf dringendes amtliches Ersuchen von Prof. Klotz hin zehn Tage später benachrichtigte und fast **drei Wochen lang Aerzte und Eltern über die den gefütterten Kindern drohenden Gefahren vollständig im Unklaren ließ.** Schließlich ist festgestellt, daß Obermedizinalrat Dr. Altstädt der Oeffentlichkeit gegenüber bezüglich der Tierversuche unrichtige Angaben gemacht hat.

Professor Dr. Deycke wird u. a. zur Last gelegt, daß er die Herstellung der Calmette-Vakzine übernahm, ohne in seinem Laboratorium entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, ja sogar **Calmettekulturen in demselben Brutschrank wie menschliche T.B.C.-Kulturen aufbewahrte,** daß er in Erkenntnis der Gefährlichkeit des Mittels die Aufschwemmungen vernichtete, anstatt sie für eine schleunige Untersuchung sicherzustellen, daß er keine Schritte unternahm, um weiter zur Verfütterung an Kinder herausgegebenes, aber noch nicht verfüttertes BCG.-Material nach dem 26. April zurückzuziehen.

Professor Dr. Klotz wird zur Last gelegt, daß er von den ihm bereits Ende März bekannt gewordenen Bedenken bezüglich der Unschädlichkeit der BCG.-Fütterungen weder Prof. Dr. Deycke noch Obermedizinalrat Dr. Altstädt Mitteilung machte, daß er sogar am 19. April, als im Kinderhospital ein Todesfall vorlag, den er selbst mit großer Wahrscheinlichkeit auf die BCG.-Fütterungen zurückführte, keine Mitteilung machte und **nichts unternahm, um die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen.** Die Mehrheit des Ausschusses sieht sich daher zu der **Feststellung gezwungen,** daß die verantwortlichen Aerzte die ihnen durch ihr Amt auferlegte besondere Sorgfalt in ernster Weise verletzt und mit **einer Fahrlässigkeit** gehandelt haben, für die sie disziplinarisch und strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen sind.

Der **Bericht der Minderheit** ist in seinem Urteil nicht so scharf wie der Bericht der Mehrheit. Es heißt darin, daß es vorsichtiger gewesen wäre, das Reichsgesundheitsamt, solange es noch in seiner zurückhaltenden Stellung gegenüber dem Calmetteverfahren beharrte, vor der in Lübeck geplanten Schutzfütterung in Kenntnis zu setzen. Bezüglich der Behandlung der Calmettekulturen kommt die Minderheit zu dem Ergebnis, daß die in Lübeck getroffenen Vorsichtsmaßnahmen nach dem Urteil des Reichsgesundheitsamtes durchaus den Anforderungen entsprochen hätten, die man an ein gut geleitetes bakteriologisches Laboratorium stellen könne. Am Schluß des Berichts der Minderheit heißt es, daß es richtiger gewesen wäre, gleich am 26. April den Chef der Behörde zu benachrichtigen. Dieser wurde aber erst am 6. Mai in Kenntnis gesetzt und ordnete die Einberufung des Gesundheitsrates zum 13. Mai an. Damals lagen bereits acht Todesfälle vor. Was die Bemängelung anbetrifft, daß in der ersten Zeit keine Maßregeln für eine besondere Behandlung der erkrankten Kinder ergriffen worden seien, so habe Dr. Altstädt erklärt, daß es kein schlagartig wirkendes Mittel für solche Erkrankungen gebe.

Feuer in Polen

Waldbrand im Kreise Wielun

Am Mittwoch entstand im Walde des Gutes Kuznia-Grabowska, im Kreise Wielun, Feuer, das, durch die langanhaltende Dürre und den starken Wind begünstigt, bald ein ganzes Waldviertel beherrschte. Das Feuer breitete sich mit großer Geschwindigkeit aus. Einige Dörfer, die zwischen oder am Rande des Waldes liegen, waren stark gefährdet. Auch die staatlichen Wälder der Oberförsterei Sokolniki bei Wenglewice standen in Gefahr.

Die Oberförsterei verständigte sich sofort mit der Starostei in Wielun und bat um Hilfe. Zum Kampfe mit dem entfesselten Element wurden alle Feuerwehrabteilungen der ganzen Umgegend sowie die Grenzwache mobilisiert. Unabhängig davon wurden alle Polizeiposten des Kreises Wielun davon verständigt, die ihrerseits Arbeiter und Dorfbewohner nach der Brandstätte entsandten. Als das Feuer sich immer mehr ausbreitete, wurden auch Militärbataillone aus Kalisch, Sieradz und Lodz zu Hilfe gezogen. Anfangs waren die Dörfer Jelenie und Czaikow sehr gefährdet. Später drehte sich der Wind und es bestand große Gefahr für die Dörfer Wenglewice und Lututow. Deshalb wurde noch Militär aus Tschenstochau, Lublinitz und Ostrowo zur Rettungsaktion herangezogen. An den Löscharbeiten beteiligten sich insgesamt drei Bataillone Militär. In der darauffolgenden Nacht gelang es, das Feuer zu lokalisieren.

Nach den bisherigen Berechnungen verbrannten 1600 Hektar Wald. Der Wald war auf einer Strecke von 15 Quadratkilometern vom Feuer erfaßt. Obwohl sich im Walde zahlreiche menschliche Siedlungen befanden, wurden Menschenopfer bis jetzt nicht festgestellt.

Eine Stadt niedergebrannt

Im Städtchen Rozany in der Wojewodschaft Nowogrodek entstand in einem kleinen jüdischen Häuschen Feuer, das sich mit solcher gewaltiger Schnelligkeit ausbreitete, daß in kurzer Zeit fast das **ganze Städtchen eine einzige Brandstätte war.** Es verbrannten 60 Wirtschaften mit ungefähr 150 Gebäuden. U. a. wurde das Post- und Telegraphenamt, der Polizeiposten und die Drogerie ein Raub der Flammen. Ueber 300 Einwohner sind ohne Dach über dem Kopfe. Während des Feuers entstanden in drei Häusern Explosionen von versteckten Granaten und Karabinerladungen. Der Schaden beträgt eine Million Zloty.

Die Rettungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß die Bauern aus der Umgebung kaum an der Rettungsaktion teilnehmen, das brennende Städtchen auszuplündern begannen. Die Polizei hat zahlreiche Plünderer festgenommen.

Auch im Kreise Tschenstochau

entstand ein Schadenfeuer im Dorfe Sygondka. Es verbrannten hier 26 Wohnhäuser, viel lebendes und totes Inventar; der Sachschaden beläuft sich auf 300 000 Zloty. Die Ursache des Brandes war ein fehlerhafter Schornstein.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Arbeitgeber von Nord-West abgewiesen

Eine Klage der Arbeitgeber wegen der Feststellung der Rechtsgültigkeit der 7½prozentigen Kürzung der übertariflichen Angestelltengehälter in der nordwestlichen Eisenindustrie ist von dem Arbeitsgericht Mülheim an der Ruhr abgewiesen worden. Die Klage wurde an die nächsthöhere Berufungsinstanz, das Landesarbeitsgericht Duisburg, überwiesen.

Der „R.d.Bü." blufft

Vor einigen Tagen brachten die „Neuesten Nachrichten" eine Notiz über eine Versammlung des „R. d. Bü.", sprich: „Reichsverband der Büro- und Behördenangestellten", mit einer langen Entschließung, in der sehr kategorisch das Reichsnotopfer abgelehnt wurde. Den Fachmann muß es erschrecken, mit welcher Unverfrorenheit der R. d. Bü. solche Entschließungen annehmen läßt gegen Handlungen seiner eigenen Leute. Herr Dr. Brüning, der Reichskanzler des sogenannten Kabinetts der Frontgarnitur, und sein Freund Dr. h. c. Adam Stegerwald sind beide Angestellte der christlichen Gewerkschaften. Auch der Reichskanzler a. D., jetzige Innenminister Wirth, steht den christlichen Gewerkschaften politisch außerordentlich nahe. Es war Herr Adam Stegerwald, der noch vor wenigen Wochen schrieb: „Pensionen und Gehälter, allgemeine Fürsorge und soziale Zwecke bedingten eine Ausgabe von 16,7 Milliarden pro Jahr für das Deutsche Reich." Damit unterstützte Herr Adam Stegerwald seine alte Forderung nach Abbau von Angestellten und Beamten und ihrer Gehälter bei den Behörden. Herr Adam Stegerwald gab diese Zahlen an, trotzdem er genau weiß, daß in diesen 16,7 Milliarden mehrere Milliarden Leistungen der Sozialversicherungsträger enthalten sind, die nicht aus allgemeinen Steuermitteln, sondern aus dem Beitragsaufkommen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber geleistet werden. Dagegen hat Herr Stegerwald noch nie darüber gesprochen oder geschrieben, daß der ihm nahestehende frühere Minister Stingl rund 30 000 Mark pro Jahr auf eine sehr anfechtbare Art als Pension erworben hat. Herr Stegerwald hat auch noch nie dagegen polemisiert, daß sein Kollege Moldenhauer das Gleiche versucht und bei Herrn Brüning erreicht hat, und Herr Stegerwald sowohl wie Herr Brüning kämpfen beide verzweifelt darum, daß man die hohen und höchsten Pensionen nicht antastet. Herr Stegerwald, der Gewerkschaftssekretär, hat auch noch niemals gesprochen oder geschrieben, man solle auf das Notopfer der Beamten verzichten und das Defizit des Reichshaushalts dadurch abzudecken versuchen, daß man die hunderte von Millionen, die Amerika auf Grund der Freigabe des beschlagnahmten deutschen Privateigentums zurückzahlt, für den Staat in Anspruch nimmt, da ja die geschädigten Auslandsdeutschen, allen voran natürlich die Großfirmen und die Schiffahrtsgesellschaften, vom Reiche bereits voll entschädigt worden sind. Herr Adam Stegerwald tritt aber nicht nur gegen die Behördenangestellten auf, er ist auch ein entschiedener Gegner der Angestellten in der Privatwirtschaft. Stegerwald ist der Vater des reaktionären Gesetzentwurfs, der die Arbeitslosenversicherung sehr erheblich verschlechtert, besonders in den Gruppen 7—11, in denen vorwiegend die Angestellten sich befinden. Herr Adam Stegerwald war es auch, der den ersten Lohn- und Gehaltsabbau in Deutschland durch die Verbindlichkeitserklärung des sogenannten Oeynhausener Schiedsspruches herbeiführte und der in seiner Veröffentlichung ausdrücklich bekannt gab, daß der Lohnabbau der Arbeiter auch auf die Angestellten übertragen werden solle. Dafür hat Herr Adam Stegerwald und sein Freund, der Gewerkschaftsangestellte Dr. Brüning, es fabelhaft verstanden, das Nachgeben der Preise für die Ernährung in Deutschland in eine Preissteigerung umzubiegen. Zollerhöhungen von 50—70 Prozent auf Schweine, Eier, Milch und Geflügel, eine unbeschränkte Erhöhung der Getreidezölle, die zum Teil weit über das Doppelte des Inlandswertes des Getreides hinausgehen, sorgen dafür, daß wir in Deutschland zu Preiserhöhungen kommen, trotzdem in der ganzen übrigen Welt die Preise rapide herabgegangen sind. Herr Stegerwald und Herr Brüning haben es zu vertreten, daß die Steuererhöhungen für den kleinen Angestellten 100 Prozent betragen sollen, während für die bestverdienenden Angestellten und Beamten Steuererhöhungen von 5 Prozent ins Aussicht genommen sind. Herr Brüning und Herr Stegerwald kämpfen mit allen Mitteln für die Steuerfreiheit der Tantiemen und Aufsichtsratsgebührnisse, während sie auf der anderen Seite für den Gehaltsabbau, für eine Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung, für eine sehr erhebliche Herabsetzung der Leistungen der Krankenversicherung usw. sich einsetzen. Anstatt nun die Herren Stegerwald und Brüning zur Ordnung zu rufen, faßt man Entschließungen, die man im „Generalanzeiger" veröffentlicht und sie im übrigen dem Papierkorb übergibt. Der Reichsverband der Büroangestellten könnte vom Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Kartell der christlichen Gewerkschaften, fordern, daß man Herrn Brüning und Herrn Stegerwald entschieden darauf hinweist, daß sie als Gewerkschaftssekretäre in erster Linie der arbeitenden Bevölkerung zu dienen haben und nicht, wie es hier geschieht, den Besitz entlasten und die schwächsten Schultern der Arbeiter und Angestellten immer noch weiter zu belasten trachten. Wir sind vieles an Aufrichtigkeit und an Demagogie seitens der bürgerlichen und besonders seitens der christlichen Gewerkschaften gewöhnt, wenn diese aber heute Entschließungen fassen gegen eine Politik, die von ihren eigenen Angestellten gemacht und geleitet wird, so muß jeder rechtsdenkende Mensch diese zynische Art der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre, mit dem Vertrauen ihrer Mitglieder Schindluder zu treiben, mehr als verächtlich finden.

Aussperrung in der schlesischen Lederindustrie

Die Weißgerber, Sämischgerber und Lederfärber stehen seit Jahresfrist mit der Unternehmerorganisation, dem schlesischen Gerberverein in einem bezirkstariflichen Verhältnis. Das Lohnabkommen wurde zum 1. Juli 1930 von den Unternehmern unter Forderung eines 10prozentigen Lohnabbaues gekündigt, welches Ansinnen die Arbeiterschaft mit der Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung beantwortete. Da direkte Verhandlungen scheiterten, entschied der von beiden Parteien angerufene Schlichtungsausschuß Breslau, daß die bestehenden Lohnsätze auf ein weiteres Jahr verlängert werden und nur bisher übertariflich bezahlte Akkordsätze wegfallen. Dieser Spruch wurde von der Arbeiterschaft angenommen, doch von den Unternehmern abgelehnt. Nunmehr wurde von der Organisation die Verbindlichkeitserklärung des Breslauer Schiedsspruches beantragt, da die schlesischen Gerberlöhne 20—30 Pf. pro Stunde niedriger sind, als die der übrigen deutschen Bezirke. Bei der notwendigen Vorverhandlung machte der Landesschlichter am Schluß folgenden Vergleichsvorschlag: „Die Stundenlöhne werden um 5 Prozent gekürzt bis zum 1. November 1930. Im Oktober neue Verhandlungen darüber, daß die 5 Prozent wieder zugelegt werden, sobald eine Besserung der Wirtschaftslage der Betriebe festgestellt." Diesem Vorschlag stimmten die Unternehmer zu, die Vertreter der Arbeiterschaft lehnten geschlossen ab.

Unterm 23. Juni 1930 wurde die beantragte Verbindlichkeitserklärung des Breslauer Schiedsspruches, wonach die bisherigen Lohnsätze auf ein Jahr verlängert werden sollten, vom Schlichter gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung vom 96. Oktober 1928 abgelehnt.

Sonnabend, den 12. Juli 1930 wurden nunmehr in allen Betrieben durch Anschlag auf Veranlassung des Schlesischen Gerbervereins, Sitz Brieg, bekanntgegeben, daß ab 25. Juli 1930 sämtliche Löhne um 4 Pf. die Stunde gekürzt werden. Wer mit dieser Kürzung nicht einverstanden, ist entlassen.

Der deutsche Lederarbeiterverband hat bereits beim Schles. Gerberverein im Auftrage der Gesamtarbeiterschaft mitgeteilt, daß nur Weiterarbeit zu den alten Lohnbedingungen in Frage kommt.

Die Zahl der in den japanischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter hat sich auf 300 000 erhöht. Das bedeutet eine Zunahme von 260 000 Mitgliedern innerhalb der letzten zehn Jahre.

Verlorener Kampf

In den Manstedtwerken in Troisdorf ist der Lohnsenkungskonflikt zum Abschl[illegible] gekommen. Nach Beschluß der Gewerkschaften wurde am [illegible] die Arbeit wieder aufgenommen. Die Werksleitung [illegible] als es Ernst wurde, bereit erklärt, die vorgesehene Ke[illegible] der Metallarbeiterlöhne zu mildern. Schließlich machte [illegible] Angebot, vom Lohnabzug, der insgesamt 30 000 Mark [illegible] sollte, 3000 Mark nachzulassen. Die entscheidende Ab[illegible] brachte nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit [illegible] Streikbeschluß.

Wohnstadt Carl Legien

Eine Großtat gemeinnützigen Wohnungsbaues

Die von den Gewerkschaften gegründete gemeinnützige Baugesellschaft, die „Gehag", hat kürzlich ihre dritte Großsiedlung in Berlin fertiggestellt und diese mit einer eindrucksvollen Feier auf den Namen „Wohnstadt Carl Legien" taufen lassen.

Die aufsteigenden Schichten der Arbeiterschaft haben seit Jahrzehnten zur Selbsthilfe gegriffen, um ihren Lebensstandard zu verbessern und gegen den Kapitalismus, der die soziale Lage der Arbeiterschaft drücken will, anrennen zu können. Die Kampfmittel der Arbeiterschaft sind einmal die Massenorganisationen der Partei und Gewerkschaften und die von diesen Organisationen gegründeten gemeinnützigen Wirtschaftsunternehmungen.

Die „Gehag" ist von den Gewerkschaften gegründet worden als ein praktisches Kampfmittel gegen die ungeheure Wohnungsnot und die achttausend Wohnungen, die diese Gesellschaft bisher errichtet hat, sind der beste Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft auch auf diesem Wege erfolgreich war.

Die „Gehag" hat gleich zu Beginn ihrer Arbeit klar erkannt, daß den arbeitenden Schichten nur dann Neubau-Wohnungen zugänglich sein werden, wenn man die alten Baumethoden einer gründlichen Umorganisation unterzieht. Einschaltung von Maschinen, um die Arbeit zu beschleunigen und verbilligen zu können, war erste Aufgabe. Darüber hinaus wurden alle Arbeitsverrichtungen geprüft und durch kleine Hilfsmittel oft sehr wesentliche Ersparnisse erzielt.

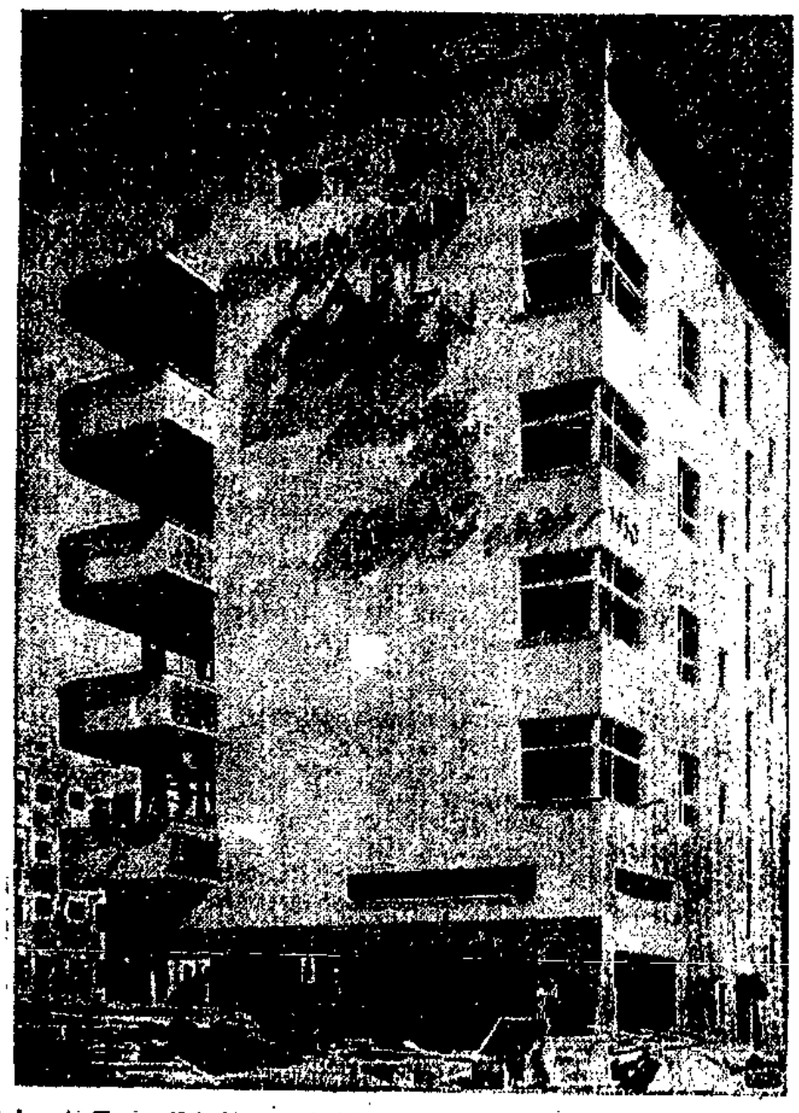
Mehr noch als die Rationalisierung auf den Baustellen war die planvolle Vorbereitung der Bauvorhaben notwendig. Allein durch eine sinngemäß und richtig auskalkulierte Materialzufuhr können schon hunderte Mark gespart werden.

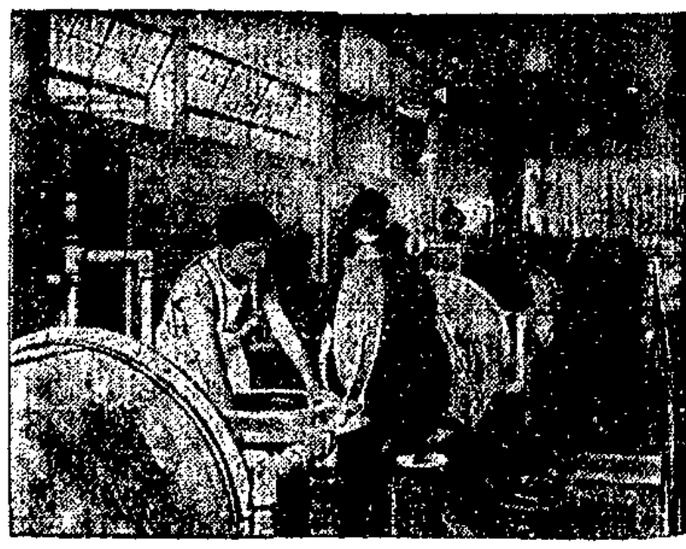
Der bisherige Wohnungsbau war ohne Stadtplanung. Wer Geld hatte, kaufte sich irgend eine Bauhütte und quetschte dort so viel als möglich Wohnungen hinein. Hauptsache blieb immer, daß der Ertrag der Mieten höher war als die Bankzinsen für das investierte Kapital. Eine Angleichung an die Nachbarhäuser wird auch heute meist nicht versucht, und so entstehen die langen Straßen als Musterkataloge für Fassadengestaltung.

Die „Gehag" ist auch hier neue Wege gegangen. Sie hat eine Bauvorbereitung gut organisiert und ist mit einem eigenen Architekturbüro an die Aufgabe gegangen, Großsiedlungen zu errichten. Großbaustellen sind naturnotwendig rationeller anzulegen; auch kann Materialzufuhr und dergleichen eine viel bessere Regelung erfahren. Die „Gehag" hat ihren ersten [illegible] unternommen auf dem Gelände des Rittergutes Bri[illegible] 2000 Wohnungen wurden hier in kürzester Frist gebaut. [illegible] häuser und Einfamilienhäuser wurden errichtet und gera[illegible] diese Verbindung entstand die so reizvolle Auflockerung [illegible] lung. Diese Siedlung ist heute überall bekannt unter dem [illegible] „Hufeisensiedlung". Die zweite Großbaustelle entstand in [illegible] dorf, dort wurden wieder Einfamilienhäuser und Etag[illegible] gebaut. — Den dritten Versuch unternahm die „Gehag" a[illegible] Gelände im Nordosten Berlins, um dort dem wichtigsten [illegible]

WOHNSTADT CARL LEGIEN

Die ersten 570 der insgesamt 1 140 Wohn[illegible] die in dieser modernen Großsiedlung [illegible]





Die Waschmaschinen im Wasch[illegible]

Das Eckhaus mit der Inschrift

der Berliner Bauwirtschaft, der Schaffung von Kleinwohn[illegible] näher zu kommen. Trotzdem durch die teuren Bodenpreis[illegible] mehrgeschossige Wohnhäuser gebaut werden konnten, ist au[illegible] eine Auflockerung der Wohndichte erfolgt. Das Gelände [illegible] einzelne Wohnblöcke aufgeteilt, die architektonisch gut ge[illegible] und zu einer großen, guten Gesamtwirkung wieder zuso[illegible] gefaßt sind. Diese Aufgabe hatte, wie auch bei den anderen [illegible] lungen, Stadtbaurat a. D. Bruno Taut übernommen.

Die freudigen Farben der Außenwände und Balkone [illegible] angenehm und lebensbejahend gegenüber dem toten Gra[illegible] uns von den vielen Mietskasernen bekannt ist. Jede Wo[illegible] besitzt einen geräumigen Balkon, der den Wohnraum er[illegible] erweitert und den gärtnerischen, geräumigen Hofanlagen zu[illegible] ist. Quergebäude und Seitenflügel sind nicht vorhanden. [illegible] die Zimmer der Wohnungen weisen frohe Farben auf, die [illegible] böden haben Linoleumbelag, sind daher gut sauber zu halte[illegible] Küchenherd, der Spültisch, der Speiseschrank, das Bad, ein [illegible] schrank auf dem Balkon sind so eingerichtet, daß der Hausf[illegible] Wirken in der Wohnung angenehm und leicht gemacht wird.

Ein Teil der Wohnungen ist mit Kachelöfen ausgestatt[illegible] anderer Teil ist an die vorhandene Zentralheizungsanla[illegible] geschlossen. Außerdem ist im zweiten Bauteil ebenso wie im [illegible] Bauabschnitt ein Zentralwaschhaus vorhanden, in dem die [illegible] ihre Wäsche innerhalb drei bis vier Stunden mit Hilfe elek[illegible] Maschinen fertig waschen kann. Diese Arbeit geht nach [illegible] Unternehmen schnell und reibungslos vonstatten.

Durch die „Gehag" ist die Arbeiterbewegung in die [illegible] des bauenden und siedelnden Gemeinwesens eingetreten.

Der Name Carl Legien, dessen Gesamtarbeit und Wer[illegible] die Gegenwart und Zukunft weist, kann wohl mit keinem sch[illegible] Wort verbunden werden, als mit dem Wohnbauwerk [illegible] Massen, für die Carl Legien selber gearbeitet hat.